



**W**ENN ES DIE GRÖSSE eines Papstes ausmacht, wie viele und wie lange Enzykliken er veröffentlicht, so wird der neue Papst vielleicht kein großer Papst sein. Der Stil von Hirten- oder Rundschreiben dürfte ihm jedenfalls nicht besonders liegen. Sie scheinen auf die Leute, so sagte er einmal, «von oben herunterzufallen». Als Bischof von Vittorio Veneto pflegte er stattdessen mit seinen Priestern eine rege direkte Korrespondenz. Der Briefstil war ihm so vertraut, daß er ihn auch im Umgang mit längst verstorbenen «Illustrissimi», berühmten Figuren aus Geschichte und Literatur anwandte. Als Patriarch von Venedig – er nannte sich aber nur «Bischof» – schrieb er sie humorvoll wie seinesgleichen an: «Lieber Dickens», so beginnt der erste Brief. Er verrät nicht nur tiefes Einverständnis – wohl aus den eigenen Erfahrungen des Arbeiterkindes heraus –: er situiert auch den Bischof und heutigen Papst auf der Seite der Armen. Und die Anerkennung, die hier ohne jede Einschränkung der Gewerkschaftsbewegung gezollt, und der Appell zur Solidarität, der auf die heutige Situation angewandt wird, sprechen unvergleichlich eingängiger als es einst «Rerum Novarum» oder irgend einer der späteren Sozialepisteln gelungen ist, sowohl den Mann auf der Straße wie den literarisch Interessierten an.

## Ein Papst für Mondovision

Dieser Papst kann schreiben. Aber als er drei Tage nach seiner Wahl nochmals die Kardinäle empfing, legte er den (von wem?) geschriebenen Text, der ihm vorlag, beiseite und sprach frei. Das gesprochene Wort, von Radio Vaticana übertragen, war auch noch in der Nachschrift viel ansprechender und lesbarer, als der Text, den das vatikanische Presseamt und der «Osservatore Romano» als angebliche Antwort auf die Grußadresse des Kardinaldekans hernach veröffentlichten. Vor allem enthielt die tatsächliche Ansprache ein Bild für die «äußere Organisation der Kirche», einschließlich der römischen Kurie, wie es diese sich gar nicht schöner wünschen konnte: ein still wirkendes Uhrwerk, das den «Zeigern» der Kirche ermöglichen sollte, der Welt einige Hinweise zu geben, was es geschlagen hat! Aber wie gesagt, für die Kurie gab es nur den «offiziellen Text».

Ähnlich ging es zu, als der Papst zwei Tage später uns Journalisten und Medienleute – 800 an der Zahl – empfing. Geradezu rituell zog der Sekretär aus seiner Ledermappe ein Manuskript hervor. Der Papst begann zu lesen, aber sogleich änderte er. Statt «Wir» sagte er «Ich». Und alsbald hob er den Kopf, blickte uns alle an und erzählte die alte Geschichte von Kardinal Mercier und Pierre l'Ere-

mite, die darüber rätselten, ob der heilige Paulus in unserer Zeit Journalist oder Direktor der Agentur Reuter geworden wäre: Heute, so fuhr der Papst fort, ginge Paulus zu Paolo Grassi von der RAI und erbäte etwas Sendezeit im Fernsehen. Eben dieses Fernsehen zeigte nochmals zwei Tage später einen Papst, der nur noch ablas und «Wir» sagte. Sicher mit Rücksicht auf uns Kommentatoren, damit wir unsererseits statt (wie etwa noch beim Konzilsabschluß) hinzuhören und *viva voce* zu übersetzen, fertige Texte in den verschiedenen Sprachen herunterlesen konnten. Nun gab es also keine Unterschiede mehr. Jedes Wort war offiziell. Aber das Ganze war tot. Und wem ist von dieser Ansprache ein Bild haften geblieben?

Dieser Papst sollte nicht ablesen müssen. Er sollte nicht nur mit seinen Lippen, sondern auch, wie am Tag seiner Wahl, mit seinen fröhlichen Augen, mit seinem lebendigen Wesen und Gesicht zu uns sprechen dürfen. Schon Paul VI. wünschte sich «für das Christentum ein fröhlicheres Gesicht». In seinem Nachfolger ist es uns geschenkt worden. Wer eigentlich will sich anmaßen, ihm zu verbieten, es uns zu zeigen? Wir wollen nicht einen papiernen Papst, sondern den unverfälschten Papa Giampaolo Primo. L.K.

### GEMEINDE

**Experimente in Paris:** Neue Formen pastoraler Präsenz in der Metropole – Die «offene Kirche» von St. Séverin: Abendkonferenzen und Gespräche für jedermann – St. Merri beim Centre Pompidou: Kunstausstellungen und Kirchenmusik – St. Louis d'Antin: Elf Eucharistiefeiern in Bahnhofnähe – Experimente von Laienverantwortung in der Gemeindeleitung. Chr. Modehn, Berlin

### LATEINAMERIKA

**Puebla: Sind die Weichen schon gestellt?:** Zwei Trends der Vorbereitung – Die Achse Rom-Bogotá – Einberufungsinstanz ist der Papst – Mitbeteiligte kuriale Behörden in engem Kontakt mit López-Trujillo, Generalsekretär des CELAM – Wer steuerte wen für das erste Vorbereitungspapier? – Dessen Kritik erhielt ihre Stoßkraft aus Brasilien und Peru – **Stellungnahmen von Bischofskonferenzen und autonomen Gremien** – Der dezentralisierte CELAM verkörpert im Präsidium.

Ludwig Kaufmann

**Interview mit Kardinal Lorscheider:** Das Gewicht der brasilianischen Kirche in Puebla – Ihre Erfahrung mit Ideologie und Praxis der «Nationalen Sicherheit» – Deren Gefährlichkeit im Kontext der Militärregimes sehen die übrigen Bischofskonferenzen noch kaum ein – Die Politik, die Laien und die Ordensleute – Hauptrichtung der brasilianischen Stellungnahme: Theologie der Befreiung und befreiende Evangelisation – Basisgemeinden als Generallinie – Ansätze auch in den Städten – Eine neue Mentalität gegen den Paternalismus – Indianermission als Prüfstein für Inkulturation – Ein Schritt über Medellín hinaus – Puebla, Modell für Kontinentalsynoden in der Gesamtkirche?

### PAKISTAN

**Islamische Sozialordnung heute?:** Was heißt «Geist» des Korans? – Grundaxiom: Alle Muslime sind Brüder und Zeugen für die Stellung des Menschen in der Welt – Eigentum im Dienst der Menschlichkeit für jeden – Aktuelle Diskussion um die Zakat-Abgabe: Wie soll sie überprüft und verteilt werden? – Zinsverbot und Kapitalanhäufung – Kann die soziale Verwendung des Eigentums gesetzlich verfügt werden? – Notwendige Mitsprache von Nichtmuslimen – Was derzeit von der «Islamisierung» sichtbar ist.

Robert A. Büttler, Lahore

### KULTURPOLITIK

**Assyrische Christen im Irak:** Außenpolitische Öffnung und innenpolitische Liberalisierung – Zur Geschichte der ostsyrischen Kirche – Ihr Ursprung in der aramäischen Sprachgemeinschaft – Minderheit im politischen Kräftefeld – Patriarchenwahl und Reformsynode – Bekenntnis zur Scholle in Dankadresse an Baath-Partei – Saddam Hussein als Inspirator einer autonomen Kulturpolitik. Heinz Gstrein, z.Z. Bagdad

### PAPST

**Rosinen von Don Albino:** Aus Briefen an Charles Dickens, Mark Twain, Bernhard von Clairvaux, König David und Figaro – Das lebendige Wort und fröhliche Gesicht des neuen Papstes (vgl. Titelseite).

## Paris: Gemeinde-Versuche

Der Kirche in der Stadt, in den Metropolen Westeuropas besonders, geht es nicht gut, darin sind sich Bischöfe, Pfarrer und Gemeindemitglieder, Soziologen und Theologen einig. Immer größere Beanspruchung an der Arbeitsstätte, die weite Entfernung zwischen Arbeitsplatz und Wohnung, das große Freizeitangebot – und was auch immer in wissenschaftlichen Untersuchungen für Gründe genannt werden für die geringe Attraktivität kirchlicher Veranstaltungen im großstädtischen Milieu: die Analyse gibt zu keinem Optimismus Anlaß. Abbé Jean-François Six, langjähriger Leiter des französischen Sekretariats für die Nichtglaubenden, schrieb vor kurzem: «1967 erklärten nur 17% der 15- bis 30jährigen Franzosen, nicht an Gott zu glauben. 1977 sind es schon 30%. Die Jugend hat eine klare Entscheidung getroffen, für den Unglauben – und der wächst beständig. Die Zukunft des Glaubens hängt vom Heiligen Geist ab – und von den Christen, von ihrem Einfallsreichtum, ihrem Gebet, ihrem Herzen, ihren Händen, ihrer Freiheit.»

Der folgende Bericht über neue Initiativen der katholischen Kirche in Paris zeigt, daß einzelne Gemeinden nicht mehr länger bereit sind, schmollend in der Ecke über die «bösen, kirchenfernen Zeiten» zu klagen. Bischöfe, Priester und Laien beginnen in Paris, das Evangelium neu und oft geradezu unkonventionell – unbürgerlich zu leben.

### Pfarreien – Orte der Begegnung

Die Erzdiözese Paris umfaßt heute nur noch den eigentlichen Stadtkern, die zwanzig Pariser Arrondissements also. Die zahlreichen Satellitenstädte vor den Toren der französischen Hauptstadt sind in eigenen kirchlichen Verwaltungsbezirken zusammengefaßt.

Natürlich gibt es hier wie anderswo auch noch sehr traditionelle Pfarreien, wo sich die Gemeindeglieder auf die Gottesdienste beschränkt, wo vielleicht noch ein paar Gruppen der «Katholischen Aktion» das «Laienapostolat» ausüben. Aber immer mehr Gemeinden versuchen, ein eigenes Profil zu entwickeln, auf die Bedürfnisse in ihrem konkreten Bezirk zu antworten und neue Formen kirchlicher Präsenz zu probieren. Kirchliche Experimente in den Pfarreien sind keine Seltenheit, viele von ihnen haben sich schon über Jahre bewährt.

*St. Séverin* liegt im Quartier Latin, in jenem Studentenviertel zwischen Seine und den Boulevards St. Germain und St. Michel, wo sich allabendlich Tausende von Touristen und Studenten, Leute aus der Provinz wie aus Paris zusammen mit Bettlern und Clochards zur «riesigen Karawane» der Spaziergänger vereinigen. Hier sind die vielen Touristenlokale, hier sind die zahlreichen kleinen Experimentierkinos, hier werden auf der Straße die Blätter der kleinen linksextremen Parteien verkauft, hier kann man Feuerschlucker bewundern oder die Fertigkeiten von Schaustellern und Pantomimengruppen kennenlernen. In diesem hektischen Treiben ist die Gemeinde St. Séverin präsent: Regelmäßig, an jedem Samstagabend gegen 20 Uhr werden große Schilder vor die alten Kirchenportale der gotischen Kirche gestellt, «église ouverte» – offene Kirche – ist da zu lesen.

Und die «église ouverte» hat immer ein volles Haus, Spaziergänger kommen herein. Oft sind es 600, manchmal sogar 800. Sie werden vielleicht vom Orgelspiel angelockt, verweilen ein paar Minuten bei Bachklängen, schauen sich in einer Nische eine Tondbildschau über die künstlerischen Besonderheiten der gotischen Kirche an, blättern beim Betreten einer Seitenkapelle auch mal in der großen Bibel, setzen sich zu Gesprächsgruppen zusammen. Manch ein Besucher ist erstaunt über die offene Art kirchlicher Anwesenheit; einige fragen nach den Gottesdienst-

zeiten. Studenten kommen, Spaziergänger, Touristen, die seit langem erstmals wieder eine Kirche betreten. In St. Séverin ist jeder willkommen, jeder kann sich hier in einer Gruppe von Gemeindemitgliedern aussprechen. Père Paul Bardon ist den ganzen Abend über, bis Mitternacht, zum Gespräch bereit. Wahrscheinlich haben die reaktionären Katholiken um den suspendierten Erzbischof Lefebvre bewußt das zweite, zur selben Gemeinde gehörende Gotteshaus schon vor über einem Jahr besetzt, nämlich die Kirche St. Nicolas am Rande des Boulevard St. Germain. Sie halten dort ihre eigenen, traditionalistischen Gottesdienste ab. Die Lefebvre-Leute wollten gewiß durch diese Aktion gegen die «offene Kirche» von St. Séverin protestieren, sie wollten eine elitäre Kirche der Wahren und Wissenden, der Orthodoxen begründen. Denn nicht jeder kann ohne weiteres St. Nicolas, dieses Zentrum der Traditionalisten, betreten. Wer als progressiver Priester beim Eintritt ertappt wird, kann froh sein, wenn er nicht vor dem Kirchenraum verprügelt wird. Zu den fünf Gottesdiensten von St. Séverin kommen heute Christen aus ganz Paris. Man weiß: Dort haben auch meine Zweifel, ja selbst mein Unglauben einen Platz. Was in den Predigten nur anklingen kann, wird in den Abendkonferenzen im Kirchenraum vertieft. Roger Garaudy, der «christliche Marxist», war zum Beispiel Referent einer solchen Abendkonferenz in St. Séverin.

Offene Kirche, das versucht auf andere Art auch die Pfarrei *St. Merri* in unmittelbarer Nachbarschaft zum neuen Pariser Kulturzentrum, dem Centre George Pompidou. Eine Gruppe von Priestern und Laien bemüht sich um eine kirchlich-religiöse Ergänzung zu den Aktivitäten im riesigen benachbarten Kulturpalast. Darum die regelmäßigen Aufführungen von Bachscher Kirchenmusik, auch die «missa criolla» konnte man hier schon hören. Darum die regelmäßigen «rencontres débats», die Vorträge prominenter Theologen, Philosophen, Politiker. Darum die Kunstausstellungen in einem Seitenschiff der gotischen Kirche. Manch ein deutscher Besucher hat sich schon darüber aufgeregt, wie man denn in einer Kirche Ausstellungen machen könne. Aber es entspricht der Geistesart dieser Pariser Katholiken, allenfalls auf erhabenen Genuß schöner Architektur zu verzichten zugunsten einer modernen, zeitgemäßen Glaubensinformation. In einer Seitenkapelle wurde ein Sprechzimmer eingerichtet: Wer einen Priester oder ein verantwortliches Gemeindemitglied treffen will, muß nicht erst ins Pfarrhaus und dabei womöglich noch die Sprechstunden beachten: In der Kirche ist den ganzen Tag über jemand aus der Gemeinde anzutreffen, hier kann man über seine Probleme reden, und es sind nicht immer Glaubensfragen, die in diesem «Accueil», dem Empfang, besprochen werden. In der Liturgie am Sonntag versucht man ein Stück Kirche der Zukunft vorwegzunehmen: Soweit wie möglich übernehmen Laien die Leitung des Gottesdienstes, die «Laienpredigt» hat hier schon Tradition.

«Offene Kirche» wieder auf andere Art zu praktizieren bemüht sich die Pfarrei *St. Louis d'Antin* in der Nähe des Bahnhofs St. Lazare. «Église d'accueil», Kirche, die zum Empfang bereit ist, steht auf großen Plakaten im Vorraum der Kirche. Und dieser Einladung kommen die Leute aus Paris und aus der Provinz nach, und zwar in Massen, geradezu scharenweise, zu Tausenden pro Tag. Die 15 Priester der Gemeinde, in der Mehrzahl schon vorgerückten Alters, haben hier nicht viel Freizeit, sie haben die 11 Eucharistiefiern zu leiten, sie stehen von morgens 7.15 Uhr bis abends um 19.30 Uhr zum seelsorglichen Gespräch oder zur Beichte bereit, sie haben die achtmal pro Woche zusammenkommenden Kurse der Glaubensinformation und Bibelkunde zu leiten. Gewiß, dieser «Massenbetrieb» in St. Louis hat oft noch traditionelle Züge, aber hier ist derselbe seelsorgliche Elan zu spüren: Auf die Menschen in einer besonderen Situation muß die Kirche eben auch entsprechend antworten: Wenn am Bahnhof große Massen von Reisenden kirchliche Hilfe suchen, dann bietet man sie auch an, darum etwa

Werktagssmessen um 11.30, 12.10, 12.55, 16.50 Uhr usw. Aber nicht nur Reisende kommen, während der großen Mittagspause besuchen Angestellte der umliegenden Betriebe die Kirche, weil sie vielleicht zu ihren Heimatgemeinden nur schwer Kontakt finden.

St. Séverin, St. Merri, St. Louis d'Antin – drei Pariser Pfarreien, die auf ihre Art jeweils anders versuchen, offene Kirche zu leben, als reales Angebot, menschliche Nähe in der Gemeinde zu erfahren. Diese drei Gemeinden stehen für viele andere, die vielleicht nicht so spektakulär neue Formen kirchlicher Präsenz in der Großstadt verwirklichen. Zu nennen wäre etwa die Jesuitenkirche *St. Ignace* im 6. Arrondissement, wo man sich besonders der zahlreichen Ausländer annimmt; zu nennen wäre die Pfarrei *Notre Dame de l'Assomption* im vornehmen 16. Pariser Stadtbezirk: In einer kollegialen Gemeinschaft leiten hier nun schon seit 1975 sieben Laien, Männer und Frauen, eine Nonne und fünf Priester die Pfarrei. «Meine Vikare sind die Laien», erklärt etwas provozierend der Pfarrer der Gemeinde. Dabei geht es nicht darum, die Laien zu «klerikalisieren», vielmehr sollen sie

nicht mehr länger die bloßen Handlanger des Klerus sein, sondern eigenverantwortlich bestimmte Bereiche der Seelsorge übernehmen, wie die Ehe- und Taufvorbereitung. Ähnliches versucht auch die Pfarrei *St. Hippolyte* im 13. Bezirk. Hier wird die Pfarrgemeinde geleitet von einer «neuen priesterlichen Equipe» («*équipe sacerdotale nouvelle*»). Es sind sieben von der Gemeinde gewählte Männer und fünf Frauen (Alter zwischen 24 und 89 Jahren), die zusammen mit drei Priestern die 30000-Seelen-Gemeinde in Schwung bringen. Hinter diesem vermehrten Laienengagement steht freilich auch der akute Priestermangel in Paris: Nur 850 Priester sind in der Erzdiözese Paris (etwa 2 Millionen Katholiken) inkardiniert, von denen jedoch 230 schon das Pensionsalter erreicht haben.

Die Experimente in den Pariser Pfarreien geschehen mit ausdrücklicher Empfehlung der Kirchenleitung. *Georges Gilson*, Weihbischof in Paris, sagte in einem Interview: «Die Vielfalt der Gemeinden ist eine Tatsache – und ein Vorteil. Wir bestehen darauf, im Herzen des alltäglichen Lebens in Paris das Evangelium zu verkünden.» *Christian Modehn, Berlin*

## Puebla: Sind die Weichen schon gestellt?

Der neue Papst hat die Einberufung der Puebla-Konferenz des lateinamerikanischen Bischofsrats CELAM (Consejo Episcopal Latinoamericano) bestätigt und er hat wissen lassen, daß er – trotz liebenswürdiger Einladung aus Mexiko (samt durch Journalisten geschenktem Flugbillet) – selber daran nicht teilnehmen werde. Das sind die letzten Meldungen. Bestätigt wurden zugleich die noch von Paul VI. ernannten drei Präsidenten: Kardinal Baggio, Kardinal Lorscheider und Erzbischof Corripio Ahumada, letzterer als Metropolit von Mexico. An den beiden erstgenannten Präsidenten lassen sich sowohl von den Strukturen wie von der Mentalität der Persönlichkeiten her zwei Hauptrichtungen ablesen, die in Puebla aufeinandertreffen werden. Die erste ist die der «Achse Rom-Bogotá», die zweite die einer weiträumigen Allianz, die ihre Stoßkraft vor allem aus *Brasilien* und *Peru* erhält.

### Die Achse Rom-Bogotá

Kardinal *Sebastiano Baggio* (65) ist Präfekt der mächtigen Kurienkongregation für die Bischöfe. Während der Sedisvakanz war er einer der meistgenannten «papabili» (nach der Computerrechnung z. B. des Pariser «Figaro» stand er mit 8 Punkten an der Spitze). In diesem Zusammenhang war nicht wenig von seinen (für Lateinamerika nicht unwichtigen) Sympathien für das «Opus Dei» die Rede. Baggio wird in Puebla erster Präsident sein, weil er in der römischen Kurie die *Päpstliche Kommission für Lateinamerika (CAL)* präsidiert, in welcher die Sekretäre sämtlicher Kurienbehörden als Konsultoren Einsitz haben. Pius XII. gründete dieses Gremium zur pastoralen Koordination der damals oft noch disparaten bzw. sich überschneidenden Verfügungen der Kurienbehörden im Hinblick auf die besondere Situation in Lateinamerika. Paul VI. integrierte die CAL im Rahmen seiner Kurienreform 1969 in die Bischofskongregation (Personalunion Präfekt/Präsident). Baggio präsidiert schließlich auch noch den von Paul VI. 1963 gebildeten *Generalrat für Lateinamerika*, in welchem das Präsidium des CELAM mit den Vertretern bischöflicher *Hilfswerke* aus Nordamerika und Europa (aus der Schweiz derzeit Abt Salina, aus Deutschland Bischof Hengsbach) und Vertretern der Ordensobern zusammenkommt. Zusammen mit Kardinal Baggio verstärken noch weitere Mitglieder des CAL, die Kurienkardinäle *Bertoli* und *Pironio*, die Kuriensekretäre *Casaroli*, *Civardi* und *Lourdousami* die vatikanische Präsenz in Puebla. Dazu kommen noch sämtliche apostolischen Nuntien in den Ländern Lateinamerikas.

Unter den eben genannten Namen ist allerdings der von Kardinal *Eduardo Pironio* nicht ohne weiteres mit einer «kurialen Richtung» gleichzusetzen. Er war vor seiner Ernennung zum Kardinal selber Präsident des CELAM, zuvor dessen Generalsekretär und als solcher mit der Organisation der Konferenz von Medellín (1968/CELAM II) betraut. Ja, Pironio hat als Präfekt der Kurienkongregation für die Ordensleute sogar energisch Protest gegen die mangelhafte Vertretung der Ordensobern im ersten Puebla-Konzept eingelegt und seine eigene Teilnahme von einer Revision der diesbezüglichen Teilnehmerquote abhängig gemacht.

In engem Kontakt zu Kardinal Baggio steht aber die Schlüsselfigur für die Vorbereitungen der Puebla-Konferenz: der *Generalsekretär des CELAM Mgr. Alfonso López Trujillo*, bisher Weihbischof in Bogotá und neustens Koadjutor (mit dem Recht der Nachfolge) des Erzbischofs von Medellín. López wurde im vergangenen Jahr so oft in Rom gesehen, daß man glauben mochte, Puebla werde nicht in Lateinamerika sondern im Vatikan vorbereitet. Gleichzeitig steht der Name von López Trujillo, wie unsere Leser wissen (Orientierung 1977, S. 251ff.) als Initiant des «Studienkreis Kirche und Befreiung» für eine ganze Kampagne gegen die Theologie der Befreiung. Kein Wunder, daß man das vom Generalsekretariat des CELAM herausgegebene Vorbereitungsdokument (*Documento de consulta*) in diesem Licht gelesen hat. Bei solcher Analyse fand man auffallende Ähnlichkeiten mit einem Buch des belgischen Jesuiten *Roger Vekemans*, das die ganze Theologie der Befreiung einzig im Licht der unter Allende aufgekommenen *chilenischen* «Christen für den Sozialismus» sieht. Vekemans und López verfügen beide in Bogotá über einen grossen Apparat, wovon auch der Umfang des *Documento de consulta* Zeugnis ablegt.

### Der CELAM der Regionen

Die bisherige Berichterstattung über die Vorbereitungen von Puebla waren nun ganz von diesem *documento* beherrscht, und auch die in der letzten Ausgabe der Orientierung (S. 165ff.) veröffentlichte Kritik von Prof. *Johann Baptist Metz* hatte einen Abschnitt desselben («Kirche, Staat und Politik») zum Gegenstand.

Aufgrund der vielfältigen Reaktionen auf das *documento* ist inzwischen ein neues «synthetisches» Arbeitspapier (*Documento de base*) für Puebla erstellt worden, wie wir im Vorspann zum Artikel von Metz gerade noch berichten konnten. Wichtiger als dies scheint aber die demnächst erscheinende Sammlung der Originalreaktionen (zwei Bände) zu sein, und zwar nicht nur aus inhaltlichen sondern auch aus strukturellen Gründen. Sie zeigen nämlich, daß dem Generalsekretariat des CELAM in Bogotá eine *dezentralisierte Regionalorganisation* des CELAM im ganzen Kontinent gegenübersteht.

Diese Wirklichkeit wird nicht durch López Trujillo, sondern durch das *Präsidium* des CELAM und neun *autonome* «Departemente» verkörpert. Das Präsidium besteht aus den beiden *Franziskanerkardinälen* *Lorscheider* (Brasilien) und *Landázuri Ricketts* (Peru) sowie dem Jesuitenbischof *Manresa Formosa* (Guatemala). Die beiden letztgenannten sind Vizepräsidenten. Lorscheider ist Präsident. Mit ihm, dem Erzbischof von Fortaleza konnte ich in Rom zwei eingehende Gespräche in deutscher Sprache führen, die im folgenden wiedergegeben seien. *Ludwig Kaufmann*

# Gespräch mit Kardinal Aloisio Lorscheider, Präsident des CELAM

**Orientierung:** Herr Kardinal! Nach der Wahl des neuen Papstes meinte einer unserer Freunde: Wäre ich dieser Giovanni Paolo I., würde ich das diesjährige Puebla abblasen und ein neues einberufen. Der Freund dachte, der neue Papst müßte der Konferenz CELAM III seinen Stempel aufdrücken können: vielleicht mit seinem eigenen Besuch, jedenfalls mit seiner direkten Art, mit den Menschen, zumal mit dem einfachen Volk und den Armen umzugehen. Haben Sie im stillen vielleicht ähnliches gedacht?

**Kardinal Lorscheider:** Juristisch hing mit dem Tod Pauls VI. unsere Konferenz tatsächlich in der Luft. Aber andererseits war schon alles vorbereitet – in Puebla sind ein Seminar und ein großes Hotel reserviert – und das Mandat der jetzigen CELAM-Leitung läuft im Dezember ab. Die neue Equipe bräuchte zwei Jahre, um eine ähnliche Konferenz vorzubereiten. Dem stehen aber die Erwartungen all der Gremien und Bischofskonferenzen entgegen: Sie haben gearbeitet, sie wollen etwas vorbringen, und all das würde jetzt ins Leere gegangen sein und verpuffen. Was aber den neuen Papst betrifft, so kann ich sehr wohl begreifen, daß er nicht nach Puebla kommt. Nicht nur weil der Termin so nahe ist, sondern auch wegen dem Präjudiz: Müßte er dann nicht an jede künftige Bischofsversammlung der verschiedenen Kontinente kommen?

## CELAM, wer ist das?

**O:** Sie sprechen von der Leitungsequipe des CELAM, die auf eine bestimmte Amtszeit gewählt ist. In der Presse ist im Zusammenhang mit Puebla fast immer nur vom Generalsekretariat in Bogotá die Rede. Wie setzt sich die Leitung zusammen?

**L:** Die Leitung, das ist einmal das Präsidium, d. h. der Präsident und die beiden Vizepräsidenten (Kardinal Landázuri OFM und Bischof Manresa SJ: vgl. oben), und dazu der Generalsekretär López Trujillo, der jetzt (praktisch) Erzbischof von Medellín geworden ist. Dazu kommen aber noch drei *Sektionen* und neun *Departemente* für die verschiedenen pastoralen Sachbereiche.

**O:** Was ist der Unterschied?

**L:** Die neun Departemente sind *autonom* in den verschiedenen Regionen des Kontinents organisiert. Sie haben dementsprechend auch völlig selbständig ihre Stellungnahmen zu Puebla bzw. zum Konsultationsdokument erarbeitet. Die drei Sektionen sind weniger autonom, d. h. sie sind ins Generalsekretariat integriert. Immerhin hat jede Sektion ihren eigenen Präsidenten, und jeder lebt woanders: Weihbischof Evidio Pérez in Caracas/Venezuela (Sektion Jugend), Erzbischof Samuel Carter SJ in Kingston/Jamaica (Sektion Ökumene) und Bischof Willem Ellis in Willemstad/Niederländ. Antillen (Sektion Nichtgläubende).

**O:** Sie, Herr Kardinal, sind der Präsident des CELAM. Sie sind aber auch der Präsident der großen Bischofskonferenz Brasiliens. Wie verhalten sich die beiden Funktionen und Gremien zueinander? Herrscht da nicht eine recht verschiedene Mentalität?

**L:** Unsere brasilianische Bischofskonferenz ist in der Tat sehr unabhängig. Wir in Brasilien finden den CELAM zwar gut und pflegen auch die Beziehungen. Aber an sich haben wir den CELAM nicht so nötig. Brasilien ist ja praktisch schon die Hälfte von Lateinamerika, und unsere Bischofskonferenz ist gut organisiert. CELAM ist deshalb in erster Linie für die andere Hälfte, d. h. die spanischen Länder Lateinamerikas da. Viele von ihnen haben keine echte oder wirksame Bischofskonferenz, mag es auch zum Beispiel in Argentinien, Chile, Bolivien, Ecuador und Peru Bischofskonferenzen geben. Die meisten sind zu klein, und somit fungiert CELAM für sie in Tat und Wahrheit als Bischofskonferenz bzw. als Treffpunkt.

## Das Gewicht Brasiliens

**O:** Wie wird Brasilien in Puebla vertreten sein, und welches Gewicht wird es dort haben?

**L:** Von den 180 Bischöfen, die aus den verschiedenen Ländern zusammenkommen, werden ihrer vierzig Brasilien vertreten. Möglicherweise wird der Papst noch den einen oder anderen Brasilianer, den wir vorgeschlagen haben, zusätzlich ernennen. Proportional sind wir ja untervertreten: Jeder der 22 Staaten Brasiliens ist größer als die Mehrheit der 22 Länder Lateinamerikas, vor allem jener in Zentralamerika. Wenn der Papst insgesamt noch etwa 30 Ernennungen vornimmt, wird sich die Zahl der Bischöfe auf 210 belaufen. In diesem Rahmen wird Brasilien auf jeden Fall ein großes Gewicht haben. Das ist insofern problematisch, als Brasilien sehr verschieden von den anderen Ländern ist. Wir haben eine andere Kultur als die «Spanier», und es herrscht bei uns auch eine andere Stimmung, wir pflegen einen anderen Verhandlungsstil und so weiter. Trotzdem ist der Kontakt mit den andern für beide Seiten, für uns und für sie, interessant und wertvoll. Deshalb müssen wir in Puebla sehr vorsichtig sein, daß unser Gewicht die andern nicht erdrückt: Im CELAM heißt es immer ein gewisses Gleichgewicht zwischen den beiden Teilen zu halten. Brasilien hat übrigens von Anfang an im CELAM mitgewirkt und bald den Präsidenten (so früher Erzbischof Brandão Vilela), bald einen Vizepräsidenten gestellt. Auch in zwei Departementen (derzeit «Soziales» und «Liturgie») fungieren Brasilianer als Präsidenten.

## Sehr gefährlich oder gar nicht gefährlich?

**O:** Ihr Gewicht verleiht den Brasilianern auch eine besondere Verantwortung. Nehmen wir das Thema *Politik* und die Ideologie der *nationalen Sicherheit*. Diese Ideologie und Praxis ist in Brasilien entwickelt worden. Hat da die brasilianische Kirche nicht eine um so schwerere Verpflichtung, ihre Erfahrungen und Einsichten den übrigen Kirchen Lateinamerikas mitzuteilen?

**L:** In der Tat betrachten wir die Ideologie der Sicherheitslehre, wie sie von den Militärregierungen aufgenommen und auch in ihrem Benehmen der Kirche gegenüber praktiziert wird, als sehr gefährlich. Die «Spanier» aber, auch die großen Nationen unter ihnen, die bereits unter einem Militärregime stehen, nehmen uns das nicht ab: Sie glauben, ihre Militärs wollten das gar nicht und es sei gar nicht so gefährlich. Ich hingegen bin von der Gefährlichkeit überzeugt: Das Übel geht von Süden her immer weiter und breitet sich aus.

**O:** Wie wird es nun in Puebla sein: Wird man da das Kapitel «Kirche, Staat und Politik» so angehen, wie es das (erste) Vorbereitungsdokument tut? Wird die «Nationale Sicherheit» – die im gleichen Dokument immerhin kritisch unter den verschiedenen Ideologien genannt ist – nur als brasilianische Randscheinung oder als reine Theorie behandelt werden?

**L:** Das Kapitel «Politik» aus dem Vorbereitungsband, der nur ein «Dokument zur Konsultation» war, wurde in den Eingaben der nationalen Bischofskonferenzen als solches nicht aufgegriffen. Deshalb hat man es im neuen *Arbeitsdokument*, das über den Sommer als Synthese der verschiedenen Stellungnahmen erstellt wurde, weggelassen. Das heißt aber nicht, daß die Frage nicht doch in Puebla zur Sprache kommen wird. Im CELAM-Ausschuß, der Anfang August tagte, haben wir durchaus in diesem Sinne diskutiert. Und zwar meinen wir, daß sowohl die Situation hinsichtlich der «nationalen Sicherheit» – dieses Stichwort ist im Arbeitspapier nach wie vor behandelt – wie die Frage nach der Autorität und Legitimität einer Regierung einer Klärung zugeführt werden sollten. Es gilt also – im Zusammenhang mit dem vierten Gebot – zu fragen: Wann ist eine Regierung legitim und als solche zu respektieren, wann ist sie nicht mehr

legitim? Das Problem ist sehr schwerwiegend, denn es bedeutet: Sind die Regierungen, die da sind, legitim? Auf jeden Fall muß das Verhältnis Kirche/Staat viel klarer werden. Mag es, wie gesagt, im Arbeitspapier nicht direkt behandelt sein: Auf Grund dessen, was an verwandten Äußerungen verblieben ist, kann es durchaus aufgegriffen werden, und dann muß es auch zur Abstimmung gelangen.

### Die Politik, die Laien und die Ordensleute

O: Professor Metz hat im (ersten) Vorbereitungsdokument die Tendenz zur «Entpolitisierung» kritisiert und vor einer Spaltung zwischen einer apolitischen Kleruskirche und den zu beliebiger Politik entlassenen Laien gewarnt. In Lateinamerika haben aber schon früher die Ordensleute im Rahmen der CLAR (Confederación Latinoamericana de Religiosos) eine sehr viel offenere und differenziertere Stellungnahme zum politischen Engagement erarbeitet als das Generalsekretariat des CELAM für sein Konsultationsdokument. Wie steht es nun in Puebla mit der Vertretung der Orden, die doch in Lateinamerika die Hauptlast der Seelsorge tragen, und wie weit können auch Laien mitreden und zum Beispiel das Thema Politik zur Sprache bringen?

L: Was die Laien betrifft, so sind sie von ihren Organisationen vorgeschlagen worden, und die Bischöfe bzw. deren Konferenzen haben meistens ja gesagt. Jetzt aber müssen sie noch formell von Rom eingeladen werden. Bezüglich der Ordensleute hieß es zuerst von Rom aus, wir vom CELAM sollten Vorschläge machen. Wir fanden aber, die Vereinigungen der Ordensleute sollten selber ihre Vertreter vorbringen. Jetzt wird es außer vier Ordensobern aus dem CLAR (Präsident P. Palmés SJ) noch aus jeder der vier großen «Regionen» der lateinamerikanischen Kirche je vier Ordensleute geben. Insgesamt zählt man bis jetzt deren 21 für Puebla, es können aber noch weitere als Experten ernannt werden. Es sind nämlich vier Kategorien (Laien, Theologen, Priester und Ordensleute) als Experten vorgesehen. Solche haben natürlich bereits in den regionalen Gremien der verschiedenen Departemente mitgewirkt. Deren Stellungnahmen sind in einem eigenen Band gesammelt, in einem zweiten finden sich die Äußerungen der nationalen Bischofskonferenzen: Beide zusammen bilden eine «Fotografie» des kirchlichen Lebens in Lateinamerika. Jeder, der nach Puebla kommt, muß diese beiden Bände lesen. Sie sind im Grunde viel wichtiger und natürlich auch lebendiger, konkreter und dezidierter als das «synthetische» Arbeitsdokument.

O: Aus den bischöflichen Stellungnahmen ragt diejenige Brasiliens heraus. Sie ist auch als erste und zunächst einzige separat veröffentlicht worden. Worin sehen Sie ihre Haupttrichtung?

### Befreiende Evangelisation durch Basisgemeinden

L: Die Haupttrichtung war für mich die *Teología de la Liberación*, die Befreiungstheologie. Und zwar sprechen wir von Befreiung von und Befreiung zu: von der Sünde und ihren Konsequenzen (Unrecht usw.), und zur Gemeinschaft mit Gott und den Mitmenschen. Die Bischöfe reden dann auch von den Unrechtssituationen und vom Menschen als Ebenbild Gottes und Bruder Christi: Daraus resultiert das solidarische Zusammenhalten, und damit sind wir bei der «Aktion»: Wir nennen sie *Evangelización liberadora*, eine Evangelisation, die den Menschen wirklich befreit. Dabei liegt für uns die große Kraft in den kleinen kirchlichen Gemeinden an der Basis des Volkes: Da können die Leute sich aussprechen und mitteilen usw.

O: Sind diese Basisgemeinden bei euch bereits etwas Allgemeines oder eher noch Sporadisches?

L: Sie sind unsere Generallinie. Wir sehen immer deutlicher, wie der Mensch entmenschlicht und zur Passivität verurteilt wird. Wir müssen etwas tun, daß er frei und kritisch dasteht. Durch die befreiende Evangelisation wollen wir den Menschen mit

einer kritischen Mentalität ausgerüstet sehen, daß einer weiß: erstens was ist meine Würde, zweitens was muß ich jetzt tun, wie kann ich mithelfen. Denn das ist entscheidend: daß er aus der abwartenden Haltung herauskommt, die wir Paternalismus nennen. Dazu bedarf es der Methode der Bewußtmachung, daß er imstande ist, etwas zu tun, und daß dabei etwas herauskommt, allerdings nur in der Zusammenarbeit mit andern.

O: Auf dem Kongreß über Basisgemeinden in Frankfurt vor einem Jahr (Orientierung 1977, S. 180ff.) hieß es aus Mexiko, Basisgemeinden entwickelten sich fast nur auf dem Land. Wie ist das bei ihnen in Brasilien, und in welcher Dichte gibt es da solche Gruppen und Gemeinden?

### Um den kritischen und freien Menschen

L: In meiner Diözese von Fortaleza kenne ich eine Pfarrei mit 90 Basisgemeinden. Das ist eine Landpfarrei. In der Stadt ist es anders. Aber man fängt auch in den Städten an. Da tun sich in einer Straße etwa fünf bis sechs Familien zusammen. Das Besondere in den Städten: Die Gruppen bilden sich nicht nur auf katholischer, sondern auf ökumenischer Basis. Da können neben zwei bis drei Katholiken auch Protestanten oder auch Nichtglaubende dabei sein. Der Ausgangspunkt sind die konkreten Probleme. Man fragt: Für uns, die wir hier wohnen, was gibt es da zu tun, was fehlt uns? Wie können wir einander helfen, zum Beispiel wenn einer krank wird? Es geht um das ganze Feld menschlicher, auch christlicher Beziehungen, um das Beispielgeben usw. Daß einer spürt, daß er in diesem Rahmen eine Person ist: Ich kann etwas geben und bekomme auch etwas. Das ist der Unterschied zum Paternalistischen; es geht darum, daß einer kritisch und frei wird.

### Eine neue Mentalität gegen den Paternalismus

O: Der Mexikaner in Frankfurt meinte, in den Städten verhindere die alte klerikale Struktur das Aufkommen von Basisgemeinden, und auch die ökonomischen Strukturen bildeten ein Hindernis.

L: Bei der Basisgemeinde geht es viel mehr um eine Mentalität als um eine Struktur. Gewiß wird auch eine Struktur aufgebaut, aber auf die Mentalität kommt es an: Denn wo immer einer hinget, ist er dann schon selber im Keim eine kleine Basisgemeinde. Man muß also mehr mit dem Geist arbeiten als mit den Strukturen, und dann geht es auch in der Stadt. Da entstehen dann Basisgemeinden nicht nur für die armen, sondern auch für reiche Leute. Sie fangen dann an, ihre Verpflichtung zu spüren, nicht nur an ihresgleichen, sondern auch an die Brüder in den Randzonen zu denken. Tatsächlich haben wir schon Staatsbeamte und Gewerbetreibende, die sich auf diesen Geist einlassen und sich zusammenschließen.

O: Zurück zu Puebla: Wenn einer solche Erfahrungen einbringen und ein Thema zur Sprache bringen will, wie geht er da vor? Wie ist überhaupt der Ablauf der Arbeit vorgesehen? Gibt es noch Möglichkeiten oder ist schon alles programmiert und sind die Weichen gestellt?

### Der Arbeitsgang in Puebla

L: Das Hauptgewicht wird auf der Kommissionsarbeit liegen. Jeder kann seine Kommission frei wählen. Aber man wird sich vorerst in zwei bis drei Kommissionen einschreiben, ja zu allererst wird man etwa 20 provisorische Gruppen nach dem Alphabet bilden, um über die zu wählende Arbeitsmethode zu sprechen. Wir denken, daß nachher nicht lauter thematische Gruppen, sondern mehrere Kommissionen zum selben Thema aufgestellt werden. Zwischen den Kommissionen soll es dann von Zeit zu Zeit eine Vermischung und Besuche geben, damit man sich gegenseitig anregen und korrigieren kann.

Aus den Kommissionen gehen dann schließlich die Vorschläge ans Plenum. Dafür sind zwei ganze Tage vorgesehen; jeder soll

auch da frei seine Meinung vorbringen. Eine Redaktionskommission wird die Anträge der Kommissionen so zu formulieren haben, daß darüber abgestimmt werden kann. Die Abstimmung wird mit *placet*, *placet iuxta modum* und *non placet* vor sich gehen. Das heißt, jeder kann, wie am Konzil «*modi*», d. h. Textänderungen, vorschlagen. Die Kommission muß darüber befinden, eine allfällige Ablehnung begründen, und nachher kann im Plenum nochmals die Abstimmung für oder gegen den Modus verlangt werden. So hat der einzelne bis zuletzt die Freiheit, zu agieren, seine Meinung vorzubringen und das Angemessene zu tun, um ihr zum Durchbruch zu verhelfen.

O: Die Methode scheint somit noch differenzierter zu sein als am Konzil: Aber wie wollen Sie das in der kurzen Zeit schaffen?

L: Wir haben die Zeit sorgfältig kalkuliert. Wir vertrauen auf die gute Vorbereitung. Alle, die kommen, wissen, worum es geht, was sie aufgrund der Beratungen in den eigenen Gremien vorbringen und wofür sie kämpfen wollen. Die Auseinandersetzung wird auf der Basis des Arbeitsdokuments erfolgen; manches wird bejaht, anderes korrigiert und gestrichen oder ergänzt und verschärft werden. Dabei wird es nicht um irgendwelche Theorien, sondern um die konkrete pastorale Praxis in Lateinamerika gehen: Ob man es in Zukunft so oder anders machen will. Man sucht für bestimmte Probleme eine einheitliche pastorale Linie.

O: Für welche Probleme?

### Mehr Autonomie für Inkulturation

L: Zum Beispiel für die *neuen Dienste* in der Kirche: Wir brauchen mehr Autonomie, um die europäischen Traditionen an die Situation in Lateinamerika anzupassen. Das betrifft Stellung und Aufgabe von Priestern und Laien, die Frage des Diakonats, Modelle christlicher Gemeinden, das Profil des Bischofs.

O: Die Autonomie müßte Rom gewähren?

L: Ja, wo wir einig geworden sind, soll Rom ja sagen, wenn es keine stichhaltigen Gründe dagegen hat. Zum Beispiel haben wir ein Problem mit den *Indianern*. Das gehört ins Thema Mis-

sion. Die Indianer haben andere Vorstellungen von der *Ehe* als wir mit unseren Begriffen von Konsens und Vollzug in der Ehe. Sie fängt bei ihnen schon vor dem Konsens an. Wie können wir ihrem Verständnis entgegenkommen? Oder der *Zölibat*. Wir bräuchten einheimische Priester auch unter den Indianern. Aber der Zölibat ist für sie unvorstellbar. So stellt sich aus missionarischen Gründen die Frage nach den verheirateten Priestern. Es ist eine Frage der *Inkulturation*. Damit werden wir in Puebla einen Schritt über Medellín hinaus tun müssen. In Medellín ging es um Soziales, Unrechtsstrukturen usw.: Das alles bleibt und muß weitergehen. Aber das Neue, das jetzt hinzukommen muß, ist die Inkulturation.

### Modell für Kontinental-Synoden?

O: Die von Ihnen angeschnittenen Fragen z. B. hinsichtlich der Ehe und der Dienste in der Gemeinde stellen sich auch in Afrika. Wird Lateinamerika Experimente machen, die auch für andere Kontinente zu Impulsen werden? Handelt es sich um eine ähnliche Situation wie einst in China und Indien, als es um die «Riten» im Sinne neuer angepaßter Formen nicht nur der Liturgie, sondern auch der Kirchendisziplin und Kirchenstruktur ging?

L: Wir glauben tatsächlich, daß Puebla über Lateinamerika hinaus für die Universalkirche von Bedeutung werden könnte. Deshalb haben wir nicht nur Beobachter anderer christlicher Kirchen und Gemeinschaften, sondern auch katholische Bischöfe aus anderen Kontinenten eingeladen. Wir sind besonders am Kontakt mit den Afrikanern interessiert, weil wir ja auch unsere Schwarzen mit all ihren religiösen Traditionen haben.

O: Sie sprechen von der Universalkirche, und sie haben zweimal maßgeblich in der Leitung einer Weltsynode der Bischöfe in Rom mitgewirkt. Könnten Puebla und die ganze Methode der CELAM-Konferenzen allenfalls auch ein Modell zur Reform und besseren Arbeit der Bischofssynode bieten?

L: Der CELAM kann bereits auf eine 25jährige Arbeit zurückblicken. Ich könnte mir denken, daß in anderen Kontinenten ähnliche Bischofsversammlungen durchgeführt werden.

O: Käme das dann einer dezentralisierten Bischofssynode gleich, die im Statut Pauls VI. als die sogenannte «spezielle» Bischofssynode vorgesehen war?

L: Das ist denkbar. Entscheidend ist dabei der Kontakt zur konkreten Kirche der Gläubigen mit ihren Priestern und Ordensleuten. Daß die Autorität in der Kirche nicht paternalistisch vorgeht, nicht alles diktieren, sondern zuerst mal *hören* und die christlichen Werte unter den Leuten entdecken, ihren *sensus fidei* (wie das Konzil im Sinne der uralten Tradition sagt) erspüren will.

### Die Stimme der Märtyrer

O: Sie betonen immer wieder die Abkehr vom Paternalismus. Bestehen aber nicht gerade in Lateinamerika von der Wirtschaft her paternalistische Strukturen, und werden Sie in Puebla nicht deren Widerstand herausfordern? Bereits kennen wir ja zum Beispiel von El Salvador, wie Organisationen der Landbesitzer (FARO usw.) gegen eine Pastoral und Mission im Geist von Medellín reagieren und eine Verfolgung bis zum Martyrium betreiben. Was wird Puebla über die *Märtyrer* und ihren Widerstand sagen?

L: Ohne Zweifel werden wir da etwas sagen. Die Kirche muß prophetisch sprechen, sie ist es auch den Mächtigen selber schuldig, daß ihnen gesagt wird: «*non licet*, es ist dir nicht erlaubt». So wie Johannes der Täufer. Und es gilt dann auch hinzunehmen, daß einem der Kopf abgeschnitten wird. Noch heute verehren wir ihn, den Johannes, dem der Kopf abgeschnitten wurde, nicht aber den, der ihn abschneiden ließ.

(Interview: Ludwig Kaufmann, z. Z. Rom)

Für eine neu zu errichtende psychologische Beratungs- und Behandlungsstelle im Hochschulbereich suchen wir

## 2 Diplom- Psychologen(-innen)

Diese Stelle soll allen Studenten der Aachener Hochschulen (Technische Universität, Pädagogische Hochschule, Fachhochschulen) offenstehen und zum baldmöglichsten Zeitpunkt eingerichtet werden. Wir erwarten neben fachlich-therapeutischen Fähigkeiten Lebens- und Berufserfahrung sowie die Bereitschaft, mit der Katholischen Hochschulgemeinde zusammenzuarbeiten.

Anstellungsträger ist das Bistum Aachen. Die Vergütung erfolgt entsprechend BAT 1b bzw. A 14.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis zum 15. Oktober 1978 zu richten an die Katholische Hochschulgemeinde Aachen, z. Hd. Herrn Studentenpfarrer Dr. J. Vohn, Pontstraße 74/76, 5100 Aachen, Tel. (0241) 2 95 66.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis zum 15. Oktober 1978 zu richten an die Katholische Hochschulgemeinde Aachen, z. Hd. Herrn Studentenpfarrer Dr. J. Vohn, Pontstraße 74/76, 5100 Aachen, Tel. (041) 2 95 66.

# Islamische Gesellschaftsordnung und moderner Staat

## Pakistans Ringen mit islamischer Identität II

In einem Überblick über die jüngste politische Entwicklung Pakistans (vgl. ORIENTIERUNG Nr. 13/14 vom 15./31. Juli 1978, S. 157 ff.) hatte Robert A. Büttler darauf hingewiesen, daß das Problem der politischen Führung Pakistans darin besteht, von Denkformen aus der Zeit der Britischen Kolonialherrschaft geprägt, sich damit zu begnügen, dem Land nur äußerlich eine islamische Identität zu geben. So blieben auch die Arbeiten der zwei staatlichen Institute, des *Instituts für islamische Kultur* (Lahore) und des *Islamischen Forschungsinstituts* (erst Karachi, darin Islamabad) von geringem Einfluss auf die politische Entwicklung Pakistans. (Red.)

Heute fordert die Kritik der «Rechten», mit der Errichtung des islamischen Staates ernstzumachen. Sie will den «Islami Nizam» oder «Nizam-e Mustafa» (nizam, d. h. Ordnung, mustafa, d. h. des Erwählten, Ehrenname des Propheten) zur verbindlichen Staats- und Gesellschaftsordnung erheben. Ähnlich wie der «islamische Sozialismus» ist «Nizam-e Mustafa» im Lauf der letzten zwei Jahre zum politischen Schlagwort geworden, zur Gegenparole zu den Verheißungen des Bhutto-Regimes. Als solches ermangelt auch er einer klaren Definition. Immerhin ist es möglich, einige wichtige Themen herauszugreifen, die der Begriff in sich schließt.

Es wäre verfehlt zu glauben, daß es den Befürwortern des «Nizam-e Mustafa» darum geht, in der Welt des zwanzigsten Jahrhunderts die Zustände der Prophetentage neu heraufzuführen, selbst wenn in der Vorstellung vieler Muslime die Jahre des Propheten und seiner ersten vier Nachfolger das Ideal eines «goldenen Zeitalters» verkörpern. Oberflächliche Berichterstattung über die Vorgänge in Pakistan stellt dies manchmal so dar. Es stimmt aber nur sehr teilweise. In Wirklichkeit handelt es sich um das Anliegen, die Institutionen einer Gesellschaft, die sich zu 97% zum Islam bekennt, mit dem Geist des Korans, insbesondere seiner ethisch-sozialen Forderungen, zu durchformen und Pakistan zu einem im modernen Sinn lebensfähigen Staat zu machen. Dieses Bestreben stützt sich freilich auf die an sich diskutierbare Voraussetzung, daß der Islam aus eigener Schöpferkraft fähig ist, den Menschen einen in sich geschlossenen, lückenlos kohärenten «Way of life» zu erbringen, – letztlich also auf einen Akt religiösen Glaubens.

## Gesellschaftsordnung vom Koran her gesehen

Um die islamischen Themen, die unserer sozialen Gerechtigkeit entsprechen, richtig zu verstehen, bedarf es vorgängig eines kurzen Blicks auf die sie stützenden Grundlehren des Korans. Da steht an oberster Stelle die Erklärung, daß *alle Muslime Brüder* sind. «Die Gläubigen sind doch Brüder». <sup>5</sup> Dieses Brüdersein beruht auf Glauben und sittlicher Rechtschaffenheit. «Gerecht ist, wer da glaubt an Allah, den Jüngsten Tag, die Engel, die Schrift und die Propheten, und wer sein Geld – mag es ihm noch so lieb sein – ausgibt für seine Angehörigen, die Waisen, die Armen, den Wandersmann, überhaupt für jeden der darum bittet, der Gefangene löst, das Gebet verrichtet, die Armenabgabe entrichtet, der an geschlossenen Verträgen festhält, der geduldig Unglück, Not und Drangsal erträgt. Dieser ist gerecht, er ist wahrhaft gottesfürchtig». <sup>6</sup> Seinem Nächsten Bruder sein bedeutet also in erster Linie, sich ihm gegenüber als glaubendes, soziale Pflichten wahrnehmendes und erfüllendes Individuum zu verhalten. Diese Grundvoraussetzung liegt, wie sich zeigen wird, durchgängig allen weiteren sozial-ethischen Aussagen des Korans und der Tradition inne. Der Glaube an die göttliche Autorität dieser Glaubensquellen macht es dem einzelnen zur

Pflicht, in je eigener Entscheidung den anbefohlenen Grundsätzen gemäß zu handeln. Erst das Versagen des einzelnen berechtigt die Gemeinschaft, als Obrigkeit subsidiär einzugreifen.

Setzt damit der Koran das Verantwortungsbewußtsein des einzelnen nicht unrealistisch hoch an? So mag es scheinen, doch ist zu bedenken, daß das Individuum natürlicherweise im festen Sozialverband mit seiner Gruppe lebt: Familie, Dorfgemeinschaft, Stamm usw. Dieser wichtige Umstand modifiziert die Notwendigkeit individueller Entscheidung zum sozialen Handeln erheblich: der einzelne genügt auch dann schon seiner Pflicht, wenn er willig, oder mindestens sich einordnend, an Brauch und Sitte seiner Gruppe teilnimmt. Dieses Verhalten umschreibt wohl das, was im praktischen Alltag nach der Meinung des Korans vom Individuum an sozialem Handeln zu erwarten ist. Von hier aus erhellt zugleich Bedeutung und Gewicht der je örtlichen Kulturtradition.

Dieselbe Tendenz des Muslims, die wirtschaftliche und soziale Existenz des Menschen aus der Sicht des Glaubens zu normieren, äußert sich auch in der vom Koran abgeleiteten Auffassung, dass die *islamische Gesellschaftsordnung* zwischen den Extremen des Kapitalismus und Kommunismus eine *Mittelstellung* einnimmt. Eine oft zitierte Stelle läßt Gott im Koran sagen: «Wir haben euch zu einem Volk in der Mitte gemacht, auf daß ihr Zeugen seid in betreff der Menschen». <sup>7</sup> Das «Zeugesein» wird so gedeutet, daß es sich um eine Mittelstellung handelt, die nicht bloß faktisch gemeint ist, sondern aufgrund göttlicher Fügung als Originalität der islamischen Sendung in der Welt verstanden werden muß. Sie besteht in der Erhaltung des Menschen als Brennpunkt untrennbarer geistiger und materieller Werte. Wirtschaftssysteme, die diese – religiös motivierte – Unteilbarkeit, in welcher Art immer, verneinen, zerstören die Einheit des Menschen. Die islamische Wirtschafts- und Sozialordnung aber ist da, um sie zu retten. Als «Zeuge» dafür muß der Islam daher sowohl dem Kapitalismus wie dem Kommunismus ablehnend oder korrigierend entgegenreten. Sozial kritisch eingestellte Muslime bemerken zu dieser Theorie allerdings, sie diene der besitzenden Klasse bloß zur Ausflucht vor einer wirklichen Auseinandersetzung mit der Problematik insbesondere des Kommunismus.

Schließlich erhebt sich die Frage nach dem Sinn des *Eigentums*. Eigentum, gleichviel ob privat oder gemeinschaftlich, kommt nach dem Koran Gott allein zu. In der Hand des Menschen ist es Gottes verliehene Gabe. Der Mensch als Eigentümer ist stets Gottes Treuhänder. Als «Gottes Stellvertreter» auf Erden hat er all das, worüber er verfügt, im Auftrag Gottes zu verwalten. Das gilt für materiellen Besitz so sehr wie für jede andere Art Macht, die ein Mensch innehaben kann. Nur Gott hat Anspruch auf Gehorsam. Alles menschliche Herrschen unterliegt der Verantwortung vor Ihm.

Eigentum muß daher so verwaltet werden, daß es gemeinnützigen Ertrag bringt. Koran und Tradition sprechen vom besondern Segen, mit dem Gott das «richtige Verwenden» des Besitzums belohnt. Wer seinen Besitz dem Nutzen anderer vorenthält, vergeht sich gegen die Brüderlichkeit der Muslime untereinander und verletzt die Heiligkeit der Treuhänderschaft. Sein Verhalten zieht Bestrafung nach sich: in begrenztem Maß von seiten des Staates, endgültig im Jenseits.

## Zakat als Mittel sozialen Ausgleichs

Gehen wir nun zu den eigentlich islamischen Themen der sozialen Gerechtigkeit über, in denen sich die obigen Grundsätze konkret ausprägen, so finden wir, kurz gefasst, deren drei:

<sup>5</sup> 49, 10. Vgl. deutsche Koranübersetzungen von R. Paret, *Der Koran*, mit Kommentarband, Kohlhammer 1962/71. – M. Hennig, *Der Koran*, Reclam, 1962 – Ullmann/Winter, *Der Koran*, Goldmann 1962

<sup>6</sup> 2, 177

<sup>7</sup> 2, 143

Zakat (Armenabgabe), Riba (Zinsnehmen) und die Frage des privaten Eigentums. *Zakat* gehört zu den fünf religiösen Grundpflichten jedes Muslims. Sie wird im Koran oft genannt, meistens in Verbindung mit der Pflicht des Gebets<sup>8</sup>. Dem Wort wird der Sinn «Reinigung» beigelegt – Reinigung von Besitzgier durch Abgabe materieller Güter an Notleidende. Durch sie soll ein Ausgleich im Genuß wirtschaftlicher Güter zustande kommen und der charitative Bezug des Besitzenden zum Minderbemittelten wach erhalten bleiben. Die Abgabe der Zakat ist in Pakistan immer noch der individuellen Initiative und Wahl der Empfänger überlassen, selbst wenn örtlich die Abgabenteilung gemeinschaftlich organisiert werden kann. Die Ehrlichkeit der damit Beauftragten ist dann natürlich erstes Gebot. Es gibt Fälle, wo aus diesem Grund auch angesehene Christen zur Teilnahme an der Zakateinhebung aufgefordert werden.

Der Koran selbst schreibt die Höhe der Zakat nicht vor. Traditionsgemäß beträgt sie 2½ % der jährlichen Nettogewinne aus ertragbringenden Gütern. Die Berechnung der Zakat nach herkömmlichen Regeln ist äußerst kompliziert. Es wird unterschieden zwischen Gütern, deren Zakatpflicht die Behörde festlegt, und solchen, die dem Gewissensentscheid des einzelnen allein überlassen sind. Güter, die keinen Ertrag abwerfen, z. B. vom Eigentümer bewohnte Liegenschaften, Haushaltgegenstände, Transportmittel, unterstehen der Zakatpflicht nicht. Die Armenabgabe zielt also wesentlich darauf ab, die Anhäufung von Kapital zu verhindern.

Wem kommt die Zakat zugut? Der Koran zählt acht Gruppen auf<sup>9</sup>: Notleidende verschiedener Art, auch Pilger, Konvertiten, die Zakateinzüger selber. Offensichtlich entspricht diese Aufteilung dem heutigen Gefälle der wirtschaftlich Benachteiligten in keiner Weise. Fortschrittliche Muslime möchten daher die Zakat zu einem Steuersystem erweitern, das, wenn nicht die Bedürfnisse des Staatshaushalts überhaupt, so doch die Ausgaben der Bedürftigen für Nahrung, Bekleidung, Wohnung, Gesundheitspflege und Erziehung decken würde. Zusätzliche Steuererhebung ist mit dem Zakatsystem zwar vereinbar, doch möchten die Befürworter einer reformierten Zakat deren Einzugsbereich so breit anlegen, daß, wenn möglich, die *gesamte* Steuerleistung der Muslime im religiösen Sinn der Zakat erfolgen könnte und so die Trennung in religiöse und säkulare Steuerpflicht vermieden würde. «Islam is a *total* way of life!»

In Pakistan herrscht z. Z. rege Diskussion über die Frage der Zakatreform. Konservativ-religiöse Kreise lehnen die Neuerung heftig ab, teils aus engherzigem Literalismus, mit dem sie an den herkömmlichen Normen festhalten zu müssen glauben, teils aus der sicher richtigen Befürchtung, eine Reform der Zakat werde die bisherige Streuung der Zakaterträge einschneidend verändern. Beim jetzigen Modus der Verteilung fällt der Löwenanteil Einrichtungen zu, die unter spezifisch religiöser Kontrolle stehen, z. B. traditionelle Schulen. Reformfreudige Muslime halten diese Mentalität für das eigentliche Hindernis auf dem Weg zu sozialer Gerechtigkeit<sup>10</sup>. Zu welchen Ergebnissen die Diskussion schließlich führen wird, läßt sich nicht voraussagen.

Außenstehenden mag es schwer fallen, in einer Institution, bei der so viel vom guten Willen und der Ehrlichkeit des einzelnen abhängt, ein wirksames Werkzeug sozialer Gerechtigkeit zu erkennen. Ihnen erscheint eine Institution erst dann glaubwürdig, wenn in deren Gefüge Organe oder Instanzen eingebaut sind, die das Funktionieren der Institution objektiv unter Kontrolle halten. Diese rationale Gewähr ist uns heute im Westen zur Selbstverständlichkeit geworden. Wir laufen damit jedoch Gefahr, an einem Punkt typischer muslimischer Mentalität vorbeizusehen. Vom Koran und aller Tradition her wird dem Muslim Freigebigkeit gegenüber seinem Nächsten eingeschärft. Frei-

gebigkeit, die bis zur Verschwendung gehen kann, soll das ganze Netz seiner Beziehungen zum Glaubensbruder durchwirken. Dem liefe genaues Berechnenwollen des gerechten Anteils zuwider. Geschuldet sind daher nicht nur Zakat, sondern auch freiwillig zu bestimmende Almosen und Geschenke und überhaupt alles spendefreudige Verausgaben. All das geschieht, im Idealfall wenigstens, im Geist dankbaren Aufblickens zum einen Gott, dem in Wirklichkeit alleinigen Geber, dessen herrliche Freigebigkeit der Koran in unzähligen Erhebungen besingt. Es überrascht daher nicht, wenn in dem vom Sufitum stark durchgesetzten Islam des Subkontinents gerade die Treffpunkte der Sufibruderschaften eh und je Stätten größter Freigebigkeit waren und es z. T. auch heute sind. Ihnen obliegt die kostenlose tägliche Speisung von Tausenden von Hungrigen, die Verabreichung von Heilmitteln und Betreuung erkrankter Glaubensbrüder. Sie leisten so in gewissem Sinn den wirtschaftlichen Ausgleich, den gesetzgeberische Maßnahmen in der muslimischen Gesellschaft bis jetzt nicht zu erbringen vermochten. Wenn heute die Wohltätigkeit der Sufizentren feststellbar zur Abnahme neigt, so ist die Tatsache, daß man gleichzeitig nach neuen, rationelleren Ausgleichsformen sucht, also etwa in der Diskussion um die Zakatreform, sicher als Zeichen des sich wandelnden Sozialbewußtseins zu bewerten.

### Zinsfreies Bankwesen?

Ebenso rege ist die Diskussion um *Riba*. Eine im Grund konfuse Diskussion, denn ob das koranische Wort bloß den Wucher oder überhaupt alles Zinsnehmen meint, darüber hat man sich noch nicht geeinigt. Der Koran braucht es nur an wenigen Stellen, spricht aber darin ein klares Verbot aus:

«Die nun von Riba leben, werden einst mit Krämpfen auferstehen als vom Satan Besessene; deshalb weil sie sagen: «Handel ist mit Riba gleich». Aber Allah hat den Handel erlaubt und Riba verboten ... Wer Riba fordert, wird ein Bewohner des Höllenfeuers, darin wird er bleiben».<sup>11</sup>

Und ferner warnt der Koran, daß den Ribanehmenden «von Allah und seinem Propheten Krieg angesagt wird».<sup>12</sup> Verbottenem Riba steht also erlaubter Handel gegenüber. Ein moderner Ausleger versteht das Verhältnis von Handel und Riba so:

«Jeder Kapitalzuwachs, der irgendwelcher Art von Handel entspringt, wird vom Koran gebilligt, und jeder Kapitalzuwachs, der irgendwelcher Art von Geldleihen entspringt, wird vom Koran verboten».<sup>13</sup>

Das führt zur Frage, wo nun der Unterschied zwischen Profitgewinn und Zinsgewinn liege. Darauf gibt es verschiedene Antworten, die hier übergangen werden müssen. Im wesentlichen konzentriert sich die Diskussion auf den zweifelhaften Charakter der Bankzinsen, und folglich schwebt zinsfreies Bankwesen als das Ideal eines echt islamischen Wirtschaftssystems vor. Das Mittel der angestrebten Umgestaltung bestände, kurz gefaßt, darin, daß die Banken ihre Geschäfte strikt nach den Grundsätzen von Geschäftsgewinn und Geschäftsverlust zu führen hätten und daß alle Beteiligten – Aktionäre, Kontoinhaber, Geber und Nehmer von Darlehen – die Wagnisse des Gewinn-/Verlustgeschäftes solidarisch mittragen müßten. Auf Pakistan angewandt hieße das, daß der Versuch mit neu zu gründenden Banken zu beginnen wäre und daß im Erfolgsfall die bestehenden Banken schrittweise ins neue System absorbiert würden. Wie dem auch sei, die Befürworter dieser Maßnahme verfolgen damit den Zweck, dem zinsfreien Bankwesen eine im Wirtschaftsleben absolut dominierende Stellung zu verschaffen, von der aus die Banken Handel und Industrie gesamthaft kontrollieren und deren Aktiven rechtlich auf Pfand nehmen könnten. Des weitern erhoffen sie von zinsfreier Geldwirtschaft einen fast unbegrenzten Aufschwung des Unternehmertums. Investierung und Produktionsrisiken bräuchten nicht länger auf Zinskalkulationen abgestellt zu werden. Dies wiederum würde das

<sup>8</sup> Vgl. 2, 43, 100, 277; 4, 162; 5, 58 u. a.

<sup>9</sup> 9, 60

<sup>10</sup> S. M. Ahmad, *Social Justice in Islam*, Lahore 1975, 111

<sup>11</sup> 2, 275

<sup>12</sup> 2, 279

<sup>13</sup> S. M. Ahmad, *op. cit.*, 3



Arbeitsangebot vervielfachen und schließlich zur Lösung des Arbeitslosenproblems führen. Zur Stütze dieser Überlegungen berufen sich die islamischen Theoretiker gern auf internationale Wirtschaftsautoritäten wie Keynes und Kurihara. Etwas kleinlaut wird freilich auch zugegeben, daß bisher noch kein ernsthafter Versuch gemacht worden ist, für die Zinswirtschaft eine Alternative zu entdecken.<sup>14</sup> Dem widerspricht auch nicht die Tatsache, daß seit dem 19. Jahrhundert in Indien Kooperativbanken zinsfreie Darlehen gewähren. Ihre wirtschaftliche Tragweite ist sehr begrenzt. Unter islamischen Staaten kennt einzig Saudiarabien ein gesetzliches Verbot des Ribanehmens.

### Eigentum ist sozialer Auftrag

Im weitem bedarf noch die Frage des Rechts auf *privates Eigentum* kurzer Erwähnung. Bietet die islamische Gesellschaftsordnung Handhaben, dieses Recht einzuschränken oder gar aufzuheben? Es scheint nicht. Alle Aussagen der Schari'a (traditionelles religiöses Gesetz) zum Thema setzen den privaten Charakter des Eigentums voraus. Allerdings bedeutet «privat» weniger das individuelle Eignen als das Eignen durch das Familienganze. Überdies ist ja, wie wir sahen, jeder Besitz immer nur Treuhänderschaft im Auftrag Gottes. Die Verwaltung des Besitzes untersteht daher jederzeit den religiösen und ethischen Imperativen, denen die gesamte Existenz des Muslims unterworfen ist. Das bedingt, daß dem Eigentum eine eminent soziale Funktion zukommt. Es darf weder brach liegen noch zu bloßem Eigennutz angehäuft werden. Darin liegt ja gerade die Bedeutung der Zakatpflicht. Eigentum, das die Rechte Zweiter, seien sie Einzelpersonen oder Gemeinschaft, verletzt, kann mit Sanktionen belegt werden. Aus diesem Grund versuchen einige Modernisten aus dem Koran den Erweis zu erbringen, daß die Verstaatlichung der Produktions- und Verbrauchsgüter mit dem Islam durchaus zu vereinbaren, ja sogar gefordert ist.<sup>15</sup> Ihnen zufolge liegt solchen Maßnahmen ein religiöser Sinn zugrunde, indem nämlich jeder Eingriff der staatlichen Autorität immer nur den einen Zweck haben kann, dem Bürger das Anrecht auf alles Lebensnotwendige zu gewährleisten. Theologisch bedeutet das, daß der Mensch mit Gott zur Zusammenarbeit aufgerufen ist. Der Koran verkündet ja Gott als den Spender aller Güter, deren der Mensch bedarf. So obliegt es der Findigkeit und Tatkraft des Menschen, die Offenbarungswahrheit zur irdischen Wirklichkeit zu machen. Bis jetzt hat diese modernistische Koranauslegung jedoch nur spärlichen Anklang gefunden.

Bessere Anerkennung als die Verstaatlichung des Eigentums erhält die Befugnis des Staates, den wirtschaftlichen Ausgleich zwischen Reich und Arm durch das Abschöpfen überschüssigen Einkommens zu fördern. Wo immer der Besizende seine Pflicht des Altruismus, des freiwilligen Spendens vernachlässigt, da soll und muß der Staat nach dem Rechten sehen, indem er Steuern erhebt, die Steuereintrichtung überwacht, die Rechtmäßigkeit von Erwerb und Eigentum prüft und gegebenenfalls Beschlagnahmen veranlaßt. Ziel allen staatlichen Eingreifens ist aber *nicht* die *klassenlose*, sondern die *brüderliche* Gemeinschaft aller Muslime. Klassenlos soll der Mensch nicht leben, wohl aber als einer, den Glaubenstreue jederzeit zur aktiven Hilfsbereitschaft gegenüber seinem Nächsten bewegt. «Sieh nur, wie wir die einen von ihnen vor den andern (mit Gütern dieser Welt) ausgezeichnet haben!»,<sup>16</sup> läßt der Koran Gott sprechen, und die Tradition ergänzt: «Am Reichtum in der Hand des Gottesfürchtigen ist nichts auszusetzen!»<sup>17</sup> Der steile Weg zum sozialen Gleichgewicht, gleichviel ob freiwillig begangen oder vom Staat vorgezeigt, windet sich also durch den Raum endgültig vorgegebener Güterungleichheit.

Wenig Originalität kennzeichnet die zumindest heute von islamischen Denkern entwickelten Überlegungen zu den Problemen des Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnisses. Zur Zeit der mittelalterlichen Berufsgilden war das anders. Heute finden wir kaum mehr als die schon berührten Gedankengänge: der Arbeiter soll eifrig und ehrlich sein Werk verrichten, sein Brotherr lohnt es ihm mit gerechter Entlohnung und sozialer Fürsorge. Er soll anständig, von Not und Überforderung frei leben können. Dem Staat obliegt die Sorge um Arbeitsbeschaffung. Gewinnbeteiligung wird empfohlen. Gewerkschaften mögen sich für gerechte Lohnverhältnisse einsetzen. Das Arbeitsklima wird dann im wahren Sinn islamisch sein, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer miteinander als «Gefährte» (rafiq) und «Helfer» (madadgar) verkehren.<sup>18</sup>

### Islamische Sozialordnung für den Nichtmuslim annehmbar?

Wie hoch auch immer der Außenstehende des Muslims These veranschlagen mag, daß gerechte Sozialordnung nur dann sein kann, wenn die Bedürfnisse des *ganzen* Menschen erfüllt werden, und daß dieser Bedingung einzig der religiös-ideologische Staat Genüge leistet, so wird er doch das Gefühl nicht los, es fehle dem islamischen Gedankengefüge ein für den heutigen Menschen entscheidendes Stück. Gibt es denn im islamischen Staat, so fragt er, neben den die religiöse Transzendenz in Anspruch nehmenden Werten des Glaubens, der Brüderlichkeit und der Sanktionen im Jenseits, keine innerweltlichen Sicherungen, die aus ihnen eigener Gedankenkohärenz die Sache der sozialen Gerechtigkeit strukturieren könnten? Und falls es sie gäbe, wären nicht gerade sie es, die es dem Nichtmuslim im islamischen Staat ermöglichten, in guten Treuen die Erfordernisse der islamischen Sozialordnung mitzuvollziehen? Aus dem Islam des heutigen Pakistan läßt sich darauf schwerlich eine Antwort holen

Hingegen haben Muslime in fortschrittlicheren arabischen Ländern jüngst eine der islamischen Rechtstradition angehörige Theorie erörtert, die in die Richtung unserer Fragestellung weist. Es ist die Theorie des «*Takāful Iḡtimā'i*» (Gemeinsame soziale Verantwortung). Der Syrer Mustafa as-Sibā'i stellt sie in seiner berühmten Schrift über «Islam und Sozialismus» als das vor, was in den Tagen des Propheten dem heutigen Anspruch auf soziale Gerechtigkeit entsprochen habe. Nur, bemerkt er, sei der Takāful ein über den Rahmen der sozialen Gerechtigkeit weit hinausgreifender Begriff, indem er auch das Recht auf Leben, Freiheit, Erziehung und persönliche Würde mitumfasse. Er führt zum Beweis neunundzwanzig Gesetze aus dem frühen Islam an, durch die die Takāfulordnung praktisch verwirklicht worden sei. Mit dem Stolz eines Glaubensverteidigers versichert er, der islamische Takāful habe den Menschen schon vor vierzehn Jahrhunderten das gebracht, was im Westen 1883 erstmals ein staatliches Gesetz über Unfallschutz am Arbeitsplatz und 1948 die Menschenrechtserklärung der Vereinigten Nationen über das Anrecht des Menschen auf einen seiner würdigen Lebensstandard festgelegt haben. Vieles mag an as-Sibā'i's Darlegungen genauerer Nachprüfung bedürfen, und im übrigen gründet auch die Takāfultheorie ganz auf den koranischen Geboten der Brüderlichkeit und Glaubenstreue. Was jedoch zur Erwartung berechtigt, daß diese Theorie den Kern weiterer Entwicklungen in sich trägt, ist die Tatsache, daß einzelne Muslime begonnen haben, sie im wissenschaftlich-säkularen Sinn weiterzudenken. Sie betonen, Takāful sei das Mittel der heutigen Gesellschaft, alle Menschen, nicht bloß die Muslime, aus dem Zustand des wirtschaftlichen Unvermögens herauszuführen, das System, das Individuen und Gemeinschaft so zu integrieren vermöge, daß weder dem – letztlich unfaßbaren – guten Willen des einzelnen, noch dem Zwang des Staates die Vorherrschaft belassen sei. Erziehung zu «gemeinsamer sozialer Verantwortung» (Takāful) sei imstand, ein Solidaritäts-

<sup>14</sup> S. M. Ahmad, op. cit., 14

<sup>15</sup> G. A. Parvez, Qur'āni Faislā, 3 Bde, Lahore, III, 70

<sup>16</sup> 17, 21

<sup>17</sup> al-Buchari, zit. in Umar Chapra, Economic System of Islam, in Islamic Quarterly 14 (1971), 8

<sup>18</sup> G. A. Parvez, Islāmī Ma'āsharat, Lahore 1972, 155-7

bewußtsein zu fördern, aufgrund dessen alle Schichten der Gesellschaft einsähen, daß Hilfe zu leisten und Hilfe zu empfangen das eine oberste Grundgesetz aller erfüllten sozialen Existenz ist. Dazu aber brauche es die Struktur einer Gesetzgebung, die nicht allein von religiösen Prinzipien, sondern vom Willen des jeweiligen Volksganzen abzuleiten sei.<sup>19</sup>

### Anlauf zur «Islamisierung» in der Praxis

All das hat viel mit der Welt der Ideale zu tun, und – leider – wenig mit Pakistans wirtschaftlicher und sozialer *Wirklichkeit*. Damit soll jedoch nicht behauptet werden, daß das zu Anfang den pakistanischen Quellen entnommene Bild des Landes die Zustände erschöpfend darstellt. Nur indirekt berührt wird dort der Alltag der großen «schweigenden Mehrheit», die am öffentlichen Geschehen wenig bewußt Anteil nimmt, ihrem Verdienst nachgeht, ihre Freuden und Leiden im Familienkreis teilt und in vager Hoffnung, die Zeiten könnten einmal besser werden, dahinlebt. Sie vernimmt den täglichen Ruf nach «Islamisierung», der ihre Hoffnung anfeuern und mit greifbarem Inhalt erfüllen will. Was denkt sie sich dazu? Wohl kaum mehr als was sie mit eigenen Augen ansehen kann. Vor wenigen Wochen fand in Lahore erstmals eine öffentliche Erhängung dreier Übeltäter statt, die sich an Kindern vergriffen hatten. Zum Schauplatz fanden sich bei brütender Hitze mehrere Hunderttausende ein, weit mehr als mit der Chance rechnen konnten, den Gerichtsakt zu Gesicht zu bekommen. Politisierte Geister meinten, die Gelegenheit biete der unkontrollierbaren Masse die ideale Möglichkeit, für den gefangenen Bhutto zu demonstrieren. Nichts davon geschah. «Geschieht den Schurken recht!» lautete der Kommentar der meisten. Erschüttert vom plötzlichen Erlebnis des Todes, nachdenklich und abgeschreckt vielleicht, aber friedlich zogen sie wieder von dannen. Ähnliche Szenen der Exekution durch den Strang, häufiger der öffentlichen Verabreichung von Stockhieben wiederholen sich in andern Landesteilen. Bald soll auch eine erste Amputation von Diebeshänden erfolgen.

Islamisierung? Ja, obwohl abzuklären wäre, ob die öffentliche Auspeitschung nicht eher einen Rückgriff auf die Strafpraxis der Briten darstellt. Man erinnere sich der jüngsten Diskussion um die Isle of Man. Die Vermutung jedenfalls ist naheliegend, da Armee und Polizei in Pakistan weitgehend noch auf britischer Tradition bestehen. Man mag das Erteilen von Stockhieben mit guten Gründen ablehnen. Dabei ist aber zu bedenken, daß es verschiedene Arten der Praxis gibt. Unter den vorhergehenden Regimen stand nicht selten in Tageszeitungen zu lesen, ein Gefangener der einen oder andern Polizeistation sei aus «unbekannten» Gründen verschieden. Der Volksmund wußte dazu nur allzu gut eindeutigen Bescheid. Das geschah damals unter «privater» Verantwortung. Heute vollzieht sich der Strafakt nach festgelegten Regeln, im Beisein des Gefangenarztes. Das eine mag das andere auch jetzt nicht ganz verhindern. Kleiner Fortschritt trotzdem? Man möchte es hoffen. Vielleicht.

Soviel also ist von der «Islamisierung» z. Z. *sichtbar*. Der heute regierende oberste Kriegsrechtsbeauftragte erklärte vor kurzem, die Islamisierung sei als fortschreitender Prozeß in drei Stufen zu verstehen: Islamisierung der Wirtschaft, der sozialen Verhältnisse und der Gerichtsbarkeit. Jede Stufe bedinge ihr eigenes Zeitmaß. Man ist geneigt, es zu glauben. Daß die Kriegsrechtsverwaltung mit der «niedrigsten» Stufe begann, ist kaum verwunderlich. Unter den gegebenen Umständen bestand keine andere Wahl. Vermag sie aber die Herzen für die noch harrenden weiteren Aufstiege zu gewinnen?

Robert A. Büttler, Lahore

## Assyrische Christen im Irak

Vizepräsident *Saddam Hussein*, der starke Mann des Irak, hat in den letzten Monaten sein Land nach zwanzigjähriger enger Bindung an die Sowjetunion auf einen unabhängigen und zum Westen offeneren Kurs geführt. Im Februar/März entmachtete er die einflußreiche irakische Kommunistische Partei. Darin hat man die geradlinige Fortentwicklung seiner Kultur- und Religionspolitik in den vergangenen Jahren zu sehen, die in seiner Grundsatzerklärung vom 11. August 1977 von der Überordnung der religiösen über politisch-ideologische Werte gipfelte.

Diese Religionspolitik ist nicht zuletzt den irakischen Christen zugute gekommen. Deren wichtigste Gruppe ist ostsyrischer Herkunft und stammt aus der Sprachgemeinschaft des Aramäischen, die auch einen westsyrischen Zweig hervorbrachte. Die Ostsyrer führen ihre Abstammung allerdings noch viel weiter, nämlich bis auf die alten *Assyrer* zurück. Das Wort assyrisch ist seit einigen Jahren auch im kulturellen Bereich wieder lebendig geworden. Allein in Bagdad finden sich der Assyrische Kulturklub, die Assyrische Soziale Nimrod-Gesellschaft und die Assyrische Studiengesellschaft. Die verschiedenen Vereine und Institutionen profitieren von dem Beschluß des irakischen Revolutionsrates aus dem Jahre 1972, seinen rund eine Viertelmillion starken Bürgern syrischer und nicht arabischer Sprache, volle kulturelle Autonomie ohne Rücksicht auf ihre Religionszugehörigkeit einzuräumen.

### Von Ostsyrien bis nach China

«Assyrer» war nämlich zunächst die rein religiöse Bezeichnung für die wenigen Anhänger der nestorianischen Kirche gewesen, die sich der neuzeitlichen Union des Großteils ihrer Bischöfe und Gläubigen mit Rom nicht angeschlossen haben. Während die Unierten bald den Namen «Chaldäer» annahmen, griffen die um ihren «Katholikos von Seleukia-Ktesiphon, Patriarchen des Ostens und der Assyrer» gescharten Nestorianer immer stärker auf die Selbstbezeichnung «assyrisch» zurück. Ging ihre altchristliche Kirchengründung mit allem Widerstand gegen das Dritte Ökumenische Konzil von Ephesus im Jahre 431 doch gar nicht so sehr auf die angebliche Irrlehre des Nestorius wie auf politische und andere Differenzen zwischen den Christen im römischen und im persischen Reich zurück. Diese zunächst Gläubige ostsyrischer Sprache im Nordirak umfassende persische Landeskirche zählte dann im Mittelalter nach Jahrhunderten intensivster Missionstätigkeit Millionen von Gläubigen und über 200 Bischofssitze, die über ganz Asien bis nach Tibet und China hinein verbreitet waren. In großen Verfolgungen von der Mongölen- bis zur Türkenzeit wurde diese asiatische «Weltkirche» auf ein Minimum von 200 000 Gläubigen reduziert, die sich heute im Irak, Syrien, der Türkei, Iran und einer wachsenden europäischen und überseeischen Diaspora finden. Von der einstigen Größe und Ausdehnung zeugt nur noch ein letztes Bistum in Indien mit etwa 15 000 «nestorianischen» Christen. Was anderswo in Verfolgungen verloren gegangen war, fiel an der indischen Westküste nach der Landung der Portugiesen bei diesen sogenannten «Thomas-Christen» dem Anschluß an die katholische Kirche in Form der Malabari-Union anheim.

### Unter Türken und Engländern

Auch im irakischen Stammland kam es, betrieben von Karmelitern und Jesuiten, zu einer Union mit Rom. Dadurch geschwächt, folgte bei den ihrer «Apostolisch-Katholischen Kirche des Ostens» treu gebliebenen Ostsyrern eine Epoche des religiösen wie nationalen Niederganges. Ihre zunächst ethnisch-kulturelle Erneuerung vollzog sich parallel zum erwachenden

<sup>19</sup> S. A. Hanna, al-Takāful al-Ijtīmā'ī and Islamic Socialism, in Muslim World 69, 3/4, 275

arabischen Nationalismus, doch noch im Rahmen des osmanischen Vielvölkerstaates. Der Vater des modernen Assyrtums und Gründer des ostsyrischen Journalismus, *Aschur Jussef*, lebte von 1858 bis 1915. Er erhielt seine Ausbildung an einer türkischen Universität und wurde von der Regierung des Sultans mit dem Ersten Literaturpreis des Osmanischen Reiches ausgezeichnet. 1910 gründete er die erste assyrische Zeitschrift «*Muhadaja Athuraja*», zu deutsch «*Der Assyrische Wächter*». Aschur Jussef verlor in der Minderheitenverfolgung der Jungtürken 1915 sein Leben. Sein Lebenswerk ist nach Jahrzehnten der Wirren erst neustens wieder mit der Publikation «*Der Assyrische Intellektuelle*» fortgesetzt worden, die vom Assyrischen Kultur-Klub in Bagdad herausgegeben wird. Derselbe Klub pflegt auch modernes assyrisches Theater mit Stücken von Jussipus Ammanuel und Goriel Schimun.

Während die Assyrer vor dem Ersten Weltkrieg eine Art nationale und kulturelle Autonomie unter Oberherrschaft der Hohen Pforte zu erlangen versuchten, haben sie sich kirchlich schon damals eng an den Anglikanismus angelehnt. Ein von der internationalen anglikanischen Lambeth-Bischofskonferenz 1908 eingesetztes Studienkomitee erklärte daraufhin, daß die Christologie dieser ostsyrischen Kirche wie auch die christologischen Aussagen ihrer liturgischen Bücher durchaus orthodox und nicht nestorianisch seien und daß der assyrische Patriarch 1911 nach Beratung mit seinen Bischöfen offiziell mitgeteilt habe, daß das sogenannte «*Athanasianische Glaubensbekenntnis*» das Bekenntnis seiner Kirche adäquat ausdrücke.

Dem religiösen folgte während der britischen Mandatszeit im Irak das politische Zusammengehen der Assyrer mit den Engländern. In den zwanziger Jahren wurden sie zu Sonnenkindern der Mandatsmacht, denen sie fast alle einheimischen Hilfstruppen gegen aufständische Araber oder Kurden zur Verfügung stellten. Nach dem vorzeitigen Verzicht Londons auf sein irakisches Mandat versuchten sich die Assyrer selbst durch einen Aufstand gegen die neue und national-arabische Ordnung in Bagdad zur Wehr zu setzen. Sie wurden besiegt, ihr geistlich-nationaler Führer, der Katholikos Mar Schimun, mußte trotz seines jugendlichen Alters nach den USA ins Exil gehen, aus dem er nie mehr zurückgekehrt ist.

### **Patriarchenwahl und Reformsynode**

Erst neustens konnten sich die vier assyrischen Bischöfe des Iraks, Irans, Indiens und der USA in Bagdad zur Neubesetzung des Patriarchenstuhles versammeln, nachdem Katholikos Mar Schimun 1973 in Beirut das Opfer eines bis heute ungeklärten Mordanschlages geworden war. Obwohl die irakische Regierung gerne ihren Landesbischof Mar Chnanischo an der Spitze des gesamten Assyrtums gesehen hätte, legte sie der Erwählung des aus Teheran kommenden *Mar Dencha IV.* kein Hindernis in den Weg. Damit wurde zugleich die jahrhundertealte Erblichkeit des Katholikats in der Familie der Schimuns beendet, wo sich diese Würde praktisch vom Onkel auf den Neffen vererbt hatte. Vom 11. bis 22. April 1978 hat dann wiederum in Bagdad die erste assyrische Reform-Synode stattgefunden, von der die Kirchendisziplin modernisiert und den Wünschen der assyrischen Frauen auf Mitarbeit am kirchlichen Leben, jedoch nicht am kirchlichen Amt, entsprochen wurde. Für die Duldung seitens der irakischen Regierung revanchierten sich Katholikos Mar Dencha IV. und die Synodalen mit einer an den Bagdader Vizepräsidenten Saddam Hussein gerichteten «*Dankadresse*», in der es unter anderem hieß: «*Wir danken aufrichtig und innig für die Sorge und Aufmerksamkeit, die uns von seiten der politischen Führung in Partei (d. h. der irakischen Arabischen Sozialistischen Baath-Partei) und Revolutionsrat zuteil geworden ist. Wir verpflichten uns vor Gott, der Scholle unserer lieben Heimat Treue und Anhänglichkeit zu bewahren!*» Dieses Bekenntnis zur Scholle ist als Absage an die derzeitige assyrische Emigrationsbewegung (vor allem aus der Türkei) zu verstehen.

### **Ansätze zu einer autonomen Kulturpolitik**

Saddam Hussein, eigentlicher Urheber der neuen und toleranten irakischen Religionspolitik, hätte überhaupt gesamtchristliche Anerkennung verdient. Ist seine Legalisierung der ostsyrischen Sprache in ihrer assyrischen und chaldäischen Variante zur offiziellen Sprache des Irak neben dem Arabischen und dem Kurdischen doch die für einen Muslimführer bisher unerhörte Reverenz vor der Muttersprache Jesu, wie sie an Euphrat und Tigris bis auf den heutigen Tag gesprochen wird. Mit dem sprachlichen Fundament der neuen Kulturautonomie der ostsyrischen Christen im Irak wird zugleich der Konfessionalismus alter Prägung überwunden. Für das türkische «*Millet*»-System waren Assyrer und Chaldäer wegen ihrer verschiedenen kirchlichen Zugehörigkeit als zwei völlig verschiedene Minderheiten eingestuft und behandelt worden. Heute hingegen arbeiten assyrische und chaldäische Christen an der neuen «*Syrischen Akademie*» von Bagdad brüderlich zusammen. Und das Standardwerk des chaldäischen Bischofs Manna «*Chaldäisch-Arabisches Wörterbuch*», das 1896 in Mossul ausschließlich für die Katholiken erschienen war, kommt in einer 1978 von Bischof Raphael Bidawid besorgten Neuauflage gerade den Assyrern zugute, deren Eigensprachlichkeit als im Irak nur 40 000 Bekenner zählende Gruppe viel bedrohter ist als bei den rund 200 000 «*Kildani*», wie der volkstümliche arabische Name der Chaldäer lautet.

Hauptzeugen der alten ostsyrischen Kultur, die heute im neuen Irak der Revolution von 1968 so vorbildlich erneuert wird, sind zahlreiche Klöster der Chaldäer und auch der Jakobiten, einer dritten syrischen Kirche, die sich im Zuge der monophysitischen Streitigkeiten des 5. Jahrhunderts um die göttliche und menschliche Natur des Erlösers, aber wieder hauptsächlich aus politisch-nationalem Widerspruch zur byzantinischen Reichskirche von dieser getrennt hatte. Die etwa 20 000 Jakobiten des Irak, die in ihrer syrischen Heimat immer schwerer bedrängt werden, erfreuen sich mit den Assyrern und Chaldäern der kulturellen Privilegien der Gesetzgebung von 1972, obwohl die syrisch-aramäische Sprache bei ihnen kaum noch gesprochen wird und auf den Gottesdienst beschränkt ist.

Das Schweizerische Pastoralsoziologische Institut in St. Gallen (SPI) sucht eine(n)

## **Mitarbeiter(in)**

als Assistenten für einen der beiden Projektleiter.

Die Tätigkeit umfaßt zunächst Protokollführung, Textentwürfe, Literaturanalyse, Dokumentation, Administration. Der Arbeitsschwerpunkt kann sich im Lauf der Zeit entwickeln in Richtung **Pastoralsoziologie** oder **Pastoralplanung**.

Die Stelle eignet sich für einen teamfähigen, kontaktfreudigen und schreibgewandten Bewerber mit abgeschlossenem Studium oder langjähriger Berufserfahrung. Gute Französischkenntnisse in Wort und Schrift sind unerlässlich.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind erbeten an die Institutsleitung, Postfach 909, 9001 St. Gallen.

Für den geschichtlich interessierten Besucher haben alle diese Nachfahren der alten Assyrer mit ihren Kloster- und Kirchenbauten, die unter dem jetzigen Regime wieder restauriert werden, sehenswerte Stätten geschaffen. Man braucht also nicht nur nach Keilschriften und den Ausgrabungen von Ur, Ninive, Hatra, Babylon und Seleukia-Ktesiphon zu fragen. Die jakobitischen und chaldäischen Klöster mit ihren Mönchen oder Nonnen sind zudem noch heute Zeugen eines aszetischen und liturgischen Lebens, das schon in der Kalifenzeit sich des Wohlwollens der islamischen Machthaber erfreute.

Heinz Gstrein, z. Z. Bagdad

## Rosinen von Don Albino

«Für uns blieb er immer Don Albino»: so war anlässlich der Papstwahl Kardinal Lucianis aus seiner Heimat in der Provinz Belluno zu hören. Die folgenden Ausschnitte stammen aus den *Illustrissimi* (vgl. unsere Titelseite), in Buchform erschienen bei Edizioni Messaggero, Padova 1976. Die Übersetzung besorgte für uns Clemens Locher. (Red.)

Lieber Dickens!

(...) Und heute? Ach! Zu Ihrer Zeit gab es soziale Ungerechtigkeit noch in einem einzigen Sinn: die Arbeiter, die sich gegen die Unternehmer zur Wehr setzen mußten. Heute wehrt sich eine Masse von Leuten: die Landarbeiter, die sich darüber beklagen, daß es ihnen viel schlechter gehe als den Industriearbeitern; hier in Italien der Süden gegen den Norden; in Afrika, in Asien, in Lateinamerika die Völker der «Dritten Welt» gegen die im Wohlstand lebenden Völker. (...)

Angesichts dieser Verschärfung von Problemen, Sorgen und Spannungen gelten immer noch – in erweiterter und angepaßter Form – die Grundsätze, für die Sie sich, lieber Dickens, eingesetzt haben, wenn auch gelegentlich auf etwas sentimentale Weise. Gültig bleibt die Liebe zum Armen, und zwar nicht so sehr zum einzelnen Armen als vielmehr zu den Armen, die als Individuen oder als Völker ihr Ausgestoßensein erfahren haben und sich deshalb als Klasse fühlen, sich untereinander solidarisieren. Die aufrichtige und offene Vorliebe der Christen gilt ihnen – nach dem Vorbild Christi.

Lieber Mark Twain!

(...) Meine Studenten waren ganz begeistert, wenn ich verkündete: jetzt erzähle ich euch noch eine Geschichte von Mark Twain. Aber ich fürchte, daß meine Diözesanen schockiert sein werden: «Ein Bischof, der Mark Twain zitiert!»

**O**RIENTIERUNG

Herausgeber: Institut für weltanschauliche Fragen  
Redaktion: Ludwig Kaufmann, Karl Weber, Jakob David, Albert Ebnetter, Mario v. Galli, Robert Hotz, Clemens Locher, Josef Renggli, Josef Rudin  
Ständige Mitarbeiter: Paul Erbrich (Feldkirch), Raymund Schwager (Innsbruck), Pietro Selvatico (Fribourg)

Anschrift von Redaktion und Administration:  
Scheideggstr. 45, CH-8002 Zürich, ☎ (01) 201 07 60  
Bestellungen, Abonnemente: Administration  
Einzahlungen: «Orientierung, Zürich»  
Schweiz: Postcheck Zürich 80-27842

Schweiz. Kreditanstalt Zürich-Enge Konto  
Nr. 0842-556967-61

Deutschland: Postscheckkonto Stuttgart 6290-700  
Österreich: Postsparkasse Wien, Konto Nr. 2390.127  
Italien: Postscheckkonto Rom Nr. 29290004

Abonnementspreise 1977:

Schweiz: Fr. 29.- / Halbjahr Fr. 16.- / Studenten Fr. 20.-

Deutschland: DM 31.- / Halbjahr DM 16.- / Studenten DM 22.-

Österreich: öS 210.- / Halbjahr öS 120.- / Studenten öS 140.-

Übrige Länder: sFr. 29.- plus Versandkosten  
Gönnerabonnement: Fr./DM 35.- (Der Mehrbetrag wird dem Fonds für Abonnemente in Länder mit behindertem Zahlungsverkehr zugeführt.)  
Einzelexemplar: Fr./DM 1.70 / öS 12.- plus Porto

**AZ**

8002 Zürich

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion

Vielleicht müßte man ihnen zuerst erklären, daß es sich mit den Bischöfen ähnlich wie mit den Büchern verhält: wie die Bücher verschieden sind, so sind es auch die Bischöfe. Einige sind Adlern gleich, die sich mit Hirtenbriefen von hohem Niveau durch die Luft schwingen; andere sind Nachtigallen, die auf wunderbare Art das Lob des Herrn trällern; andere hingegen sind arme Zaunkönige, die auf dem äußersten Ast des Baums der Kirche ein wenig piepsen und ein paar Gedanken zu höchst komplexen Fragen zu formulieren versuchen.

Ich, lieber Mark Twain, gehöre zur letzten Kategorie. Aber ich spreche mir selber Mut zu ...

Ehrwürdiger Abt Bernhard von Clairvaux!

(...) Andere hatten das mittelalterliche Europa mit der Waffe des Schwertes geführt. Sie hingegen taten es mit der Waffe der Feder: mit Briefen, die in alle Himmelsrichtungen gingen und die uns heute leider nur zum Teil (etwa 500) erhalten sind. Diese Briefe behandeln meist Fragen der Aszese. Aber einer von ihnen (die Nr. 24 der Sammlung) enthält, kurz zusammengefaßt, Ihre christliche Sicht vom Regieren. Der Brief wurde unter außergewöhnlichen Umständen zu einem klassischen Text.

Es war bei einem Konklave. Die Kardinäle schwankten unsicher zwischen drei Kandidaten hin und her: der erste tat sich durch seine Heiligkeit hervor, der zweite durch seine hohe Bildung, der dritte durch seine praktische Intelligenz. Schließlich setzte ein Kardinal der Verlegenheit ein Ende, indem er eben auf Ihren Brief verwies: «Unnötig, noch weiter zu zögern; der «honigtriefende Lehrer» hat in seinem 24. Brief bereits unseren Fall erwogen. Es genügt, seinen Rat anzuwenden, und alles wird glatt ausgehen. Der erste Kandidat ist heilig? Nun, so bete er für uns, so sage er einige Vaterunser für uns arme Sünder. Der zweite ist gelehrt? Wir freuen uns darüber: er belehre uns und schreibe wissenschaftliche Werke. Der dritte ist klug? Er soll als Papst über uns regieren.»

Majestät, Dichter- und Musikerkönig David!

(...) Sie schreiben im Psalm 131: *Herr, nicht stolz ist mein Herz*. Ich versuche zwar, Ihnen zu folgen, aber ich muß mich leider darauf beschränken zu beten: Herr, ich möchte gerne, daß mein Herz nicht stolzen Gedanken nachläuft!

Ein bißchen wenig für einen Bischof, werden Sie sagen. Ich weiß, aber es ist einfach wahr: Hundertmal habe ich meinen Stolz beerdigt mit der Illusion, ihn mit vielen *Requiescat* zwei Meter tief unter den Boden gebracht zu haben, und hundertmal ist er wieder auferstanden, gewandter als je zuvor: ich merkte, daß mir kritische Äußerungen immer noch mißfielen, daß ich mir aber das Lob gerne gefallen ließ und daß ich mir Sorgen machte, wie die anderen über mich urteilten.

Wenn man mir ein Kompliment macht, muß ich mich mit dem Eselchen vergleichen, auf dem Christus am Palmsonntag ritt. Und dann sage ich mir: Wieviel Heiterkeit hätte dieses Grautier ausgelöst, hätte es sich auf den Beifall der Volksmenge etwas eingebildet und hätte es angefangen, sich mit primadonnenhaften Verbeugungen nach rechts und nach links zu bedanken! Genau das darf ich nicht tun!

Lieber Figaro, Barbier von Sevilla!

Sie waren äußerst scharfsichtig beim Geißeln von Mißständen und Schwächen, weniger allerdings beim Empfehlen von Heilmitteln. Zutreffend, wenn auch etwas übertrieben, war Ihre Diagnose für die Gesellschaft, mangelhaft jedoch war Ihre Therapie. Und doch gibt es die Therapie für die jungen Leute der heutigen und aller Zeiten: ihnen einsichtig zu machen, daß Christus – mehr als Marcuse, Debray oder Mao – die richtige Antwort für die sie bedrängenden Fragen gegeben hat.

Die jungen Leute wollen Brüderlichkeit? Christus hat gesagt: Ihr alle seid Brüder! Sie dürsten nach Aufrichtigkeit? Christus hat jede Heuchelei klar gebrandmarkt. Sie sind gegen Autoritarismus und Despotismus? Christus hat Autorität und Dienst identifiziert. Sie lehnen sich gegen jeden Formalismus auf? Christus hat sich aufgelehnt gegen das mechanische Herunterleiern von Gebeten, gegen Almosen, die nur der Zurschaustellung dienen, gegen Wohltätigkeit mit Hintergedanken. Sie wollen Religionsfreiheit? Christus wollte einerseits, daß «alle Menschen zur Erkenntnis der Wahrheit gelangen sollten», aber er drängte sich andererseits niemandem mit Gewalt auf, er verhindert; daß man ihn als Mensch und als Gott annimmt, aber nicht bevor wir nung des Petrus und den Zweifel des Thomas zu. Gewiß, er forderte und fordere, daß man ihn als Mensch und als Gott annimmt, aber nicht bevor wir geprüft und gesehen haben, daß wir ihn annehmen können, nicht ohne eine freie Entscheidung!

Was meinen Sie dazu? Könnten nicht Figaros Protest – *protesta* – und Christi Angebot – *proposta* – vereint den jungen Leuten und der Gesellschaft helfen? Ich glaube es zuversichtlich.